Entwurf des Kommunalwahlprogrammes DIE LINKE. Essen 2020 – Stand 24.04.2020

Inhaltsverzeichnis

PRÄAMBEL 1
1. ANTIFASCHISMUS: AFD, „STEELER JUNGS“ & CO. KEINE CHANCE GEBEN 3
2. ARBEIT 5
3. ARMUT: ARMUT BEKÄMPFEN, NICHT ARME MENSCHEN! 6
4. BILDUNG UND AUSBILDUNG – EIN UNIVERSELLES MENSCHENRECHT 8
5. DEMOKRATIE 10
6. DIGITALISIERUNG & SMART CITY 11
7. FRIEDEN: NIE WIEDER "WAFFENSCHMIEDE DES REICHES" 12
8. GERECHTIGKEIT FÜR ALLE GESCHLECHTER! 14
9. GESUNDHEIT IST KEINE WARE 15
10. INKLUSION FÜR MENSCHEN MIT BEHINDERUNG 17
11. MIGRATION – FÜR EINE GESELLSCHAFT DER VIELEN 17
12. KINDER UND JUGEND 19
13. KULTUR VON ALLEN FÜR ALLE – FÜR KULTURELLE FREIRÄUME 21
14. ÖKOLOGIE 23
15. ORDNUNGSPOLITIK 26
16. SENIOR*INNENPOLITIK 27
17. SEXARBEIT: PROBLEME ANPACKEN ANSTATT MENSCHEN AUSZUGRENZEN! 28
18. SPORT 28
19. SOLIDARISCHE STADTPLANUNG: FÜR EINE LEBENSWERTE STADT FÜR ALLE! 30
20. SUCHTHILFE: HILFE & OFFENER UMGANG MIT DROGEN UND SUCHT 34
21. MOBILITÄT UND VERKEHR: DEM UMWELTVERBUND GEHÖRT DIE ZUKUNFT! 35
22. WIRTSCHAFT: MENSCHEN VOR PROFITE 39
23. WOHNEN: MIT DER MARKTLOGIK BRECHEN! 41
24. FINANZEN 44
ABSCHLUSS 45
ALTERNATIVE KAPITELVORSCHLÄGE 47
4. BILDUNG UND AUSBILDUNG 47
19. SOLIDARISCHE STADTPLANUNG 53

Präambel

Es liegt an uns allen. Wir können diese Stadt verändern. Wir können die Zukunft für uns alle gerechter und besser machen. Ein gutes Leben für alle wäre längst möglich. Der Reichtum wächst jeden Tag, aber er kommt nur Wenigen zugute. Die Welt ist aus den Fugen geraten, es liegt an uns, sie neu zu gestalten:

Stellt Euch ein Essen vor, in dem es keine Sanktionen im Jobcenter gibt und in dem der Nahverkehr kostenlos und für alle erreichbar ist! Ein Essen, das sich von Altschulden befreit hat und in dem Menschen in Rente und ALG II-Bezug sowie Kinder kostenlos ins Schwimmbad gehen können. Ein Essen, in dem guter und bezahlbarer Wohnraum für alle vorhanden ist.

•

Ein Essen, in dem niemand am Existenzminimum leben muss. Ein Essen, das seinen Boden entsiegelt und zehntausende neuer Bäume pflanzt, das den Fahrradverkehr pro Kopf auf Kopenhagener Niveau ausbaut und in dem auf den begrünten Dächern Solaranlagen stehen. Ein Essen, in dem demokratische Entscheidungen im Alltag der Menschen integriert sind. Ein Essen, in dem alle gerne zusammenleben – ob in Katernberg, Bergeborbeck, Rüttenscheid, Steele oder Burgaltendorf!

Denn jeder Mensch ist es wert: ob er gerade erwerbslos ist oder überarbeitet. Ob zugewandert oder hier geboren. Ob er Ruhrdeutsch spricht oder nicht: Wir wollen mit allen Menschen gemeinsam für ein Essen kämpfen, das für die Vielen da ist, nicht für die Wenigen. DIE LINKE steht für ein soziales, ökologisches und solidarisches Essen. Wir streben eine neue demokratische Stadtpolitik an, in der Entscheidungen nicht mehr von den Banken und Konzernen bestimmt werden.

Wir wollen Schluss machen mit einer Politik, die auf die Ausbeutung von Mensch und Natur setzt. Wir wollen Reichtum umverteilen und die Einrichtungen und Betriebe der Daseinsvorsorge, wie z. B. Krankenhäuser, Verkehr und Energieversorgung in öffentlicher Hand halten bzw. zurückführen. Wir werden alles dafür tun, dass die Spaltung der Stadt in einen reichen Süden und ärmeren Norden überwunden wird. Alleine in Essen leben ca. 120.000 Menschen von Sozial- bzw. Transferleistungen (z.B. nach SGB II oder XII). Mit dieser Politik muss endlich Schluss sein!

Wir setzen uns dafür ein, dass in Essen viele neue öffentliche Jobs geschaffen werden, die dem Allgemeinwohl dienen: im Landschaftsbau, im Nahverkehr, der bürgernahen Verwaltung, den Sportanlagen, in Schulen, in der Pflege, in Kindertagesstätten, der Ganztagsbetreuung, in der Entsorgung, in Kulturbetrieben und vielen, vielen weiteren Orten. Und dies bei einer wöchentlichen Arbeitszeit von 30 Stunden bei vollem Lohn- und Personalausgleich.

Als DIE LINKE. Essen werden wir dafür kämpfen, dass die Stadt bis spätestens 2030 klimaneutral wird und die C02-Emission nettonull erreicht. Dabei steht für uns die Klimagerechtigkeit im Mittelpunkt: soziale Politik und der Kampf gegen den Klimawandel gehören zusammen. Statt vielspuriger Straßen soll es einen reibungslos funktionierenden Bus- und Bahnverkehr geben, und zwar zum Nulltarif. Außerdem muss es gut ausgebaute Fahrrad- und Fußwege sowie sichere Abstellmöglichkeiten für Fahrräder geben. Andere Städte und Länder machen erfolgreich vor, wie der Verkehr der Zukunft aussehen kann.

Wir werden darum kämpfen, dass neue, preiswerte Wohnungen in genossenschaftlicher oder öffentlicher Hand gebaut werden. Dafür wollen wir vor allem Brachflächen nutzen oder leerstehende Gebäude umfunktionieren. Unser Ziel ist ein Mietendeckel.

Wir setzen auf faire und ressourcenschonende Produktion und den entsprechenden Handel, auf eine regionale Kreislaufwirtschaft ohne unnötige Transportwege, auf die Vermeidung von Abfall, die drastische Reduzierung von Plastik und anderen unnötigen Verpackungs- und Einwegprodukten. Vor Ort unterstützen wir Tauschbörsen, Flohmärkte, die auflebende Kultur der Garagentrödelmärkte sowie Repair-Cafés, in denen Menschen sich begegnen und einander helfen.

Den Umbau der Gesellschaft kann in Essen tausende neue und gut bezahlte Jobs schaffen und das Leben von hunderttausenden Bürger*innen verbessern. Doch das alles werden wir nicht alleine im Stadtrat oder Parlament erreichen. Nur gemeinsam mit Mieter*innen-Initiativen, Verbänden, Gewerkschaften, Migrant*innenvereinen und vielen weiteren Organisationen, die für ihre Rechte auf die Straße gehen, können wir diese Stadt zum besseren verändern.

1. Antifaschismus: AfD, „Steeler Jungs“ & Co. keine Chance geben

Für DIE LINKE. Essen ist Antifaschismus notwendige, tägliche Aufgabe: Bildungsarbeit, öffentliche Veranstaltungen, Vernetzung von unterschiedlichen Organisationen wie z.B. Gewerkschaften, Kirchen und Parteien in Bündnissen und dem Aufbau basisdemokratischer Strukturen. Gemeinsam müssen wir den Widerstand auf der Straße organisieren, gegen faschistische und nationalistische Umtriebe, die in Essen leider zugenommen haben.

Wir solidarisieren uns mit antifaschistischen Organisationen und stehen für ein solidarisches Miteinander ohne Ausgrenzung. Wir stellen uns den erstarkenden rechten Parteien und faschistischen Gruppierungen entgegen. Rechte Parteien und Organisationen geben sich oft als „Anwalt der kleinen Leute“ aus und versuchen, sich als „Beschützer*innen der Deutschen“, insbesondere der „deutschen Frauen“, im öffentlichen Raum zu etablieren, wie es z.B. die so genannten Steeler, Huttroper oder Altenessener Jungs tun, die regelmäßig aufmarschieren.

Doch die eigentliche Gefahr geht von ihnen aus: Sie sind rassistisch, antisemitisch, faschistisch, sexistisch, nationalistisch und diskriminierend gegenüber allen Menschen, die nicht ihrem menschenfeindlichen Weltbild entsprechen. Sie verbreiten Hetze gegen vermeintlich kriminelle Migranten*innen und lenken damit von den eigentlichen Gründen für Armut und Kriminalität ab. Faschistische Organisationen und Parteien versuchen, einen Keil in die Gesellschaft zu treiben und Menschen gegeneinander auszuspielen, deren Interessen eigentlich die gleichen sind.

In Essen haben wir leider schon jetzt mehrere rechte Organisationen mit hoher Gewaltbereitschaft. Diese greifen bestehende Vorurteile auf, um einem rassistischen und aggressiven Nationalismus den Weg zu bahnen. Ihre Ideologie ist antidemokratisch und menschenfeindlich. Sie sind gewaltbereit und damit vor allem eine Gefahr für Leib und Leben der Betroffenen dieser Diskriminierungen. Der Schutz der betroffenen Menschen muss deshalb endlich an erster Stelle stehen. Wir fordern eine konsequente Umsetzung der existierenden Resolution gegen die so genannten Steeler Jungs sowie eine Ausweitung auf andere Stadtteile!

DIE LINKE. Essen ist Teil der antifaschistischen Bewegung und arbeitet in Parlamenten und zivilgesellschaftlichen Bündnissen gegen Hass und Spaltung. Antifaschistisches Engagement darf nicht kriminalisiert werden. Oft werden rechte Demonstrierende polizeilich geschützt, während Gegenproteste durch Behördenmaßnahmen behindert werden. Polizei und Stadt Essen müssen alle Möglichkeiten nutzen, um deutlich zu machen, dass rechte

Veranstaltungen in Essen nicht erwünscht sind. Gemeinsam mit allen Antifaschist*innen werden wir uns rechten Aufmärschen stets mit Gegendemonstrationen und Aktionen zivilen Ungehorsams in den Weg stellen und im Stadtrat dafür kämpfen, dass Rechtspopulist*innen, Nationalist*innen und Faschist*innen keine Plattform bekommen.

Die verschiedenen Bombendrohungen gegen Essener Moscheen, Angriffe auf Muslima und islamfeindliche Beleidigungen zeigen, dass das von der Mehrheit der etablierten Politik ignorierte Thema des antimuslimischen Rassismus schärfer angegangen werden muss. Wir werden uns in den kommenden fünf Jahren weiterhin konsequent gegen antimuslimische Gewalt und Hetze stellen.

Dabei kommt es drauf an, neben Protesten auch Bildungsangebote zu schaffen, damit nicht nur rechte Proteste unterbunden werden, sondern Rassismus auch in den Köpfen der Menschen keinen Platz findet. In Essen und überall gilt: keinen Meter für Rassismus, Antiziganismus, Antisemitismus, Homo- und Trans*feindlichkeit oder eine andere Hetze!

Was tun?

- Antirassistische Bildungsprogramme an Schulen, der alten Synagoge, der VHS und Kultureinrichtungen stärken. Das Programm „Schule ohne Rassismus“ flächendeckend umsetzen.
- Stärkung der demokratischen Zivilgesellschaft in Essen, insbesondere bestehender Netzwerke und Bündnisse gegen Rassismus, Faschismus, Antisemitismus, Antiziganismus, Feindlichkeit gegenüber Roma und Sinti, antimuslimischen Rassismus, Sexismus sowie gegen Homo-, Trans- und Interfeindlichkeit (z.B. Essen stellt sich quer oder Steele bleibt bunt).
- Berliner Konsens im Essener Rat: keine Zusammenarbeit, egal ob Anfrage, Antrag oder weitergehend, und keine freundlichen Umgangstöne mit Rechtspopulisten und Faschisten.
- Ausbau von städtischen Büros für Antidiskriminierungsarbeit und Hilfsangebote für Opfer von Rassismus in den Essener Stadtteilen.
- Regelmäßige Unterrichtung im Stadtrat oder Polizeibeirat über rechtsmotivierte Vorfälle und Straftaten.
- Förderung von Aussteiger*innenprogrammen für Essen und das Ruhrgebiet.
- Die Verbrechen des Faschismus und Kolonialismus in Erinnerung rufen sowie Orte der Erinnerung schaffen. Stärkere Förderung von Projekten zur Aufarbeitung von NSVerbrechen in Essen sowie die Förderung von aufarbeitenden Kunstprojekten. Dabei muss auch die Verlegung von „Stolpersteinen“ für die Opfer des Faschismus stärker gefördert werden.
- Umbenennung aller nach NS-Personen und anderen deutschen Kriegsverbrechern benannten Straßen, z.B. nach widerständigen und verfolgten Essener*innen.
- Einberufung einer jährlichen stadtweiten Woche gegen Rassismus.
- Umwandlung des "Ruhrkämpferehrendenkmals" in Essen-Horst; historische Einordnung, da es 1934 unter der Hakenkreuzfahne eingeweiht wurde und immer noch Treffpunkt von rechten Gruppen ist.

2. Arbeit

Die Stadt Essen steht vor großen beschäftigungspolitischen Herausforderungen. Das Ende der großindustriellen Phase, der Niedergang von Bergbau und Schwerindustrie und die neoliberale Politik haben tiefe Narben in der Stadt hinterlassen. Der Verlust der industriellen Arbeitsplätze, die meist sicher und relativ gut bezahlt waren, konnte nie durch neue Dienstleistungsbranchen vollständig kompensiert werden. Die bisherigen politischen Maßnahmen sind unzureichend. Die Erfahrung zeigt: Solange der Arbeitsmarkt den Profitinteressen untergeordnet ist, also dem kapitalistischen Prinzip folgt, sind die Beschäftigten die Leidtragenden.

DIE LINKE. Essen setzt sich ein für unbefristete, tarifgebundene und sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse sowie für höhere Löhne und Gehälter. Die Instrumente, die wir dafür nutzen wollen, sind gute Beschäftigungen im öffentlichen Dienst und staatliche Investitionen in Soziales, Bildung und Verkehr.

Die Stadt Essen als Arbeitgeber muss aufhören, sich über Fremdvergaben am Lohndumping zu beteiligen. Das heißt aber, dass die Stadt selbst mit guten Jobs dafür sorgen muss, dass sich das ändert. Sie muss den Impuls in die richtige und nicht in die falsche Richtung setzen. Die Beschäftigten der Stadt, ihrer Betriebe und der für sie arbeitenden Unternehmen dürfen nicht länger für die Haushaltssanierung missbraucht werden.

Wir treten deshalb dafür ein, im öffentlichen Dienst den Stellenabbau der vergangenen Jahre rückgängig zu machen und Auszubildende unbefristet zu übernehmen. Außerdem brauchen wir kommunale Personalaufbaupläne. Hinzu kommt der Ausbau der kommunalen Eigenbetriebe im Rahmen der öffentlichen Daseinsvorsorge. Von diesen Stellen sollen alle Menschen in gleichem Maße profitieren können und gleiche Chancen haben sich zu bewerben. Dafür muss das Bewerbungsverfahren anonym sein und der Tausendstellenbeschluss, den der heutige OB damals forcierte, rückabgewickelt werden.

Nach dem Ende von Bergbau und Schwerindustrie sowie dem Niedergang traditioneller Arbeits- und Beschäftigungsformen befinden wir uns längst im nächsten Übergang, der auch und vor allem auf lokaler Ebene stattfindet: Die Digitalisierung mit all ihren Konsequenzen auf so ziemlich allen Ebenen des gesellschaftlichen Seins.

In der aktuellen kapitalistischen Wirtschaftsordnung bedeutet das für viele Menschen drohende Arbeitslosigkeit und Existenzängste. DIE LINKE. Essen sieht allerdings auch die damit verbundenen positiven Entwicklungsmöglichkeiten. Wird die Digitalisierung richtig eingesetzt, können Produktivität gesteigert und Arbeitszeit verringert werden. Somit profitieren alle vom Fortschritt, nicht nur einige wenige. Wir brauchen deshalb klare Regeln, die alle Akteure der digitalen Wirtschaft auf die Einhaltung von fairen Standards verpflichten.

Damit die Digitalisierung den Menschen nutzt, muss die allgemeine Arbeitszeit massiv gesenkt werden. 30 Stunden pro Woche bei vollem Entgelt- und Personalausgleich ist unsere konkrete

•

Forderung. Sie ist aufgrund des erheblichen Produktivitätssprungs möglich und sie muss politisch und gesellschaftlich eingefordert werden.

Deshalb muss die Stadt alle Stellen, die bisher outgesourct wurden, in den Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes (Wegfall der ‚zweiten Tariflinie') zurückholen und keine Ausschreibungen mehr vergeben, die an Unternehmen gehen, die weniger als mindestens 13 Euro zahlen. Das Vergabegesetz des Landes muss entsprechend geändert werden. Um ein solches Ziel umzusetzen, soll die Stadt einen wirksamen Whistleblowerschutz, mindestens der Empfehlung der EU-Kommission entsprechend, beschließen.

Was tun?

- Stellenabbau der vergangenen Jahrzehnte im öffentlichen Dienst rückgängig machen
- Auszubildende nach erfolgreicher Ausbildung unbefristet übernehmen
- Keine Vergabe von Aufträgen an Unternehmen, die den Bedingungen des Vergabegesetzes NRW nicht voll entsprechen, die weniger als 13 Euro pro Stunde zahlen und die Bildung von Betriebsräten verhindern
- Rekommunalisierung privatisierter Anteile städtischer Unternehmen und ausgelagerter Aufgaben outgesourcter Unternehmen
- Anonyme Bewerbungsverfahren einführen
- Umsetzung des Whistleblowerschutzes, mindestens der Empfehlung der EUKommission
- Arbeitnehmer*innenvertretung in allen Aufsichtsräten städtischer Unternehmen

3. Armut: Armut bekämpfen, nicht arme Menschen!

Armut beschämt, Armut grenzt aus, Armut macht krank. Armut und Reichtum hängen miteinander zusammen. Während auch in Essen immer mehr Menschen arm sind, werden gleichzeitig einige wenige immer reicher. Der private Reichtum der Wenigen muss deshalb konsequent besteuert werden, auch auf kommunaler Ebene. Reichtum verpflichtet! Überall in Deutschland, also auch in Essen!

Immer noch leben viel zu viele Menschen im sozialen Abseits, auch in Essen! Die soziale Kluft zwischen den Essener Stadtteilen zählt zu den höchsten in Deutschland. Im Jahr 2018 bezog etwa jeder fünfte Haushalt in Essen Transfereinkommen (Arbeitslosengeld I und II, Grundsicherung im Alter und Asylbewerberleistungen).

Die Armut konzentriert sich dabei hauptsächlich auf den Norden der Stadt, während es im Süden Wohlstandsinseln gibt. Im Norden ist der Anteil der von Armut betroffenen Menschen zehnmal höher als im Süden: Während in Altendorf, Nord- und Ostviertel, Altenessen-Süd und Katernberg jeder dritte Haushalt arm ist, ist es in einigen südlichen Quartieren nur jeder dreißigste. Besonders betroffen sind Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren. Von ihnen lebten (im städtischen Durchschnitt!) 34,9 Prozent von Sozialleistungen und damit am Existenzminimum.

Wesentlich verantwortlich für diese Zustände sind nach wie vor die unsäglichen HartzGesetze. Wir setzen uns dafür ein, dass keine Sanktionen mehr verhängt werden dürfen, egal ob 60 % oder 30 %. Dies gilt auch für die Sondersanktion für unter 25-jährige Menschen. Ein Existenzminimum ist nicht verhandelbar! Auch in Essen kommt es in Folge von Privatisierungen und dem Rückzug des Sozialstaats zu massenhaften Armutsrenten, hoher Besteuerung von kleinen Gewerbebetrieben und systematischer Ausgrenzung und Stigmatisierung von armen Menschen.

Auch wenn viele Diskriminierungen und Schikanen, die mit dem Sozialleistungsbezug einhergehen, nur auf Bundes- und Landesebene abgeschafft werden können: DIE LINKE. Essen setzt sich auch auf lokaler Ebene für Verbesserungen ein und will Menschen ermutigen, sich gegen die unsäglichen Belastungen zur Wehr zu setzen und politisch aktiv zu werden.

Was tun?

- den Ausbau des Sozialpasses ‚Essen.dabei.sein', u.a. durch Einbeziehung von Menschen im Niedriglohnbereich und Erweiterung des Angebots. Statt zahlreicher Ermäßigungen muss es mehr kostenlose Angebote geben!
- Bindung der Mietobergrenzen für Sozialleistungsbeziehende an die Durchschnittsmiete des Mietspiegels für mittlere Wohnlagen. Mieten von Sozialwohnungen gelten generell als angemessen. Bei notwendigen Umzügen sind die damit verbundenen Kosten (Renovierung, Transport, Ersatzbeschaffungen etc.) zu übernehmen.
- Für Strom, Gas und Wasser sind nach dem Vorbild anderer europäischer Länder Sozialtarife in geeigneter Form einzuführen.
- Verbot von Stromsperren; dazu sind auf kommunaler Ebene Clearing-Stellen einzurichten, die zwischen Schuldner*innen, Sozialamt und Energieversorger vermitteln.
- Ausbau der Serviceleistungen des Jobcenters; Menschen müssen umfassend über ihre Rechte informiert werden. Dies muss unabhängig überprüft werden, z.B. über von Wohlfahrtsverbänden benannten Vertrauenspersonen.
- Die Stadt muss unabhängige Beratungsstellen für Sozialleistungsbeziehende finanziell unterstützen.
- Gerade in Stadtteilen mit einem hohen Anteil armer und ausgegrenzter Menschen müssen soziale Unterstützungsangebote erhalten und ausgebaut werden. Hierbei sind alle Bevölkerungsgruppen in den Blick zu nehmen, die bereits vorhandene Stadtteilmoderation auszubauen und zur Regelaufgabe der Stadt zu machen.
- Bürger- und Begegnungsstätten in den Stadtbezirken und Stadtteilen sind auszubauen und angemessen zu finanzieren. Dabei sollen die Bürger*innen (mit ihren Ideen) aktiv beteiligt und in den Prozess miteinbezogen werden. Sie sollen sich an alle Bevölkerungsgruppen richten und auch die Integration zugewanderter Menschen fördern.

-

- Soziale Beratungsstellen sind vor Ort in den Stadtteilen anzusiedeln. Diese sollen niederschwellige Angebote zur sozialen Begegnung und Unterstützung vorhalten und entwickeln. Dabei sind auch neue, selbstorganisierte Formen zu fördern.
- Zusätzlich zu festen örtlichen Beratungs- und Begegnungsangeboten ist die aufsuchende Sozialarbeit in den Stadtteilen auszubauen, um Menschen in allen Lebenslagen zu erreichen.

4. Bildung und Ausbildung – ein universelles Menschenrecht

Zum vorliegenden Kapitel liegt ab Seite 47 eine alternative Fassung vor, bitte beachten.

Die LINKE. Essen sieht Bildung als Menschenrecht. Sie ermöglicht die Teilhabe an der Gesellschaft und bietet Menschen die Möglichkeit, ihr Leben selbstbestimmt und emanzipiert zu verwirklichen. Bildung entsteht nicht im luftleeren Raum, sie ist an gute Bedingungen geknüpft. Die Situation in Essener Schulen jedoch ist eine andere: Marode Gebäude, herabstürzende Decken, fehlende Ganztagsplätze, veraltete Ausstattung sind nur einige Aspekte.

Für Die LINKE. Essen ist eine gebührenfreie und qualitativ hochwertige Bildung für alle Kinder und Jugendlichen eine Selbstverständlichkeit. Eine umfassende Bildung fördert die persönliche Entwicklung und bildet die Basis für gesellschaftliche Teilhabe; sie ist Teil des Kampfes gegen soziale Ungleichheit. Um eine gerechte Bildung zu ermöglichen, sind Investitionen in den Bereichen Schulbau, Personal sowie Materialien dringend notwendig. Schulbau in den Kommunen scheitert in NRW oftmals an den Bedingungen „armer Städte“, die z.B. durch den „Stärkungspakt“ nicht die benötigten Kredite für Investitionen aufnehmen können. Daher will Die LINKE. Essen Möglichkeiten vor Ort prüfen, wie die benötigten Schulneubauten durch Zusammenarbeit mit dem Allbau sofort errichtet werden können und in der Verfügungsgewalt und dem Eigentum der öffentlichen Hand bleiben. Neue Schulbauten sollten so geplant werden, dass sie nicht nur den gegenwärtigen Ansprüchen von Schulen genügen, sondern auch als Stadtteilzentren und Orte der Volksbildung genutzt werden können (vgl. dazu die guten Beispiele aus den Niederlanden, wo „Quartiersschulen“ fast normal sind).

Armut beschämt, Armut grenzt aus, Armut macht krank. Alles, was man aus der Armutsforschung weiß, trifft auch auf Kinder und Jugendliche in den Schulen zu. Um soziale Ungleichheit zu bekämpfen, fordert Die LINKE. Essen eine Schule für alle als Ganztagsschule. Das gegliederte Schulsystem hat sich nicht bewährt, deshalb wollen wir es abschaffen.

Grundschule

Weil Kommunen Klassengrößen nach der Schulgesetzänderung selbst festlegen dürfen, kommt es zu übervollen Klassen. Die LINKE. Essen wird darauf achten, dass gerade in Grundschulen mit vielen sozial- und/oder bildungsbenachteiligten Kindern kleine Klassen eingerichtet werden. Weil ab 2025 ein Rechtsanspruch auf einen Platz in einer Ganztagsgrundschule bestehen soll, müssen die Kommunen schon jetzt die Kapazitäten zügig ausbauen. Zwar sind 90 % der Grundschulen in NRW offene Ganztagsschulen, aber weniger als die Hälfte der Grundschüler*innen hat einen Ganztagsplatz. Damit jedes Kind zukünftig einen Ganztagsplatz bekommt und Wartelisten der Vergangenheit angehören, muss z.B.

vielerorts in Räume für Mittagsverpflegung und erweiterte Räume für Ganztagsangebote investiert werden. Das Bundesinvestitionsprogramm wird dafür nicht ausreichen.

Sekundarstufe I

Immer wieder werden Eltern auf der Suche nach einem Gesamtschulplatz oder nach Ganztagsschulen abgewiesen. Die LINKE. Essen setzt für Elternbefragungen ein. Das Recht der Eltern auf Planung nach ihren Wünschen wird oftmals mit Füßen getreten, insbesondere das Recht auf einen Gesamtschul-/ Sekundarschul-/ Ganztagsplatz.

Sekundarstufe II

Viele Gymnasien und Gesamtschulen haben in der Oberstufe zu wenige Schülerinnen und Schüler, um ein breit gefächertes Wahlangebot an Leistungskursen und Grundkursen aufrechtzuerhalten. Das führt zu einem eingeschränkten Bildungsangebot. Dem versuchen viele Schulen durch Kooperation zu begegnen, was mit zeitraubendem Ortswechsel für Lernende und enormem Aufwand für Lehrkräfte und Schulorganisation verbunden ist. Zudem ist die Kooperation zwischen unterschiedlichen Fächern für Projekte in mehreren Schulen kaum zu bewerkstelligen.

Die LINKE. Essen setzt sich daher für Oberstufenzentren in der gymnasialen Oberstufe ein, die mehrere Oberstufen vor Ort zusammenfassen. Langfristig könnten diese Oberstufenzentren auch mit den Berufskollegs zusammenarbeiten, um weitere Qualitätssteigerungen und ein größeres Angebot zu erreichen.

Weiterbildung

Die LINKE. Essen setzt sich ein für eine öffentlich verantwortete und getragene Weiterbildung und einen Ausbau der Volkshochschulen, der örtlichen, wohnortnahen Zentren für Weiterbildung. Das Angebot muss alle Bildungsbereiche umfassen, insbesondere jedoch die politische Bildung. Auch aufsuchende Ansprache- und Motivierungsformen gehören zum Aufgabenkatalog. Andere Einrichtungen und Träger sollten dieses öffentliche Angebot ergänzen, nicht ersetzen. Abwertung und Bedeutungsverlust der Weiterbildung, ihre selektierende Ausrichtung und die ausufernde prekäre Beschäftigung dort müssen dringend beendet werden.

Gegen die fortschreitende Privatisierung und Kommerzialisierung wollen wir die öffentlich geförderten und verantworteten Weiterbildungsstrukturen ausbauen und stärken. Dies gilt besonders für die bundesweit über 900 Volkshochschulen, die den Kern der öffentlich geförderten Weiterbildung darstellen. Wir wollen verhindern, dass sie sich dem Bildungsmarkt, seiner kommerziellen Ausrichtung, seinen selektiven Konkurrenzstrukturen und überwiegenden Projektfinanzierung unterwerfen müssen. Im Aufbau kommunaler und regionaler Bildungsnetzwerke können Volkshochschulen eine wichtige Schnittstelle darstellen und eine flächendeckende Versorgung für alle Erwachsenen sichern. Studierende und Hochschulen vor Ort fördern!

•

Hochschulpolitik ist keine kommunale Aufgabe, aber die Studierenden und auch die Hochschule sind vor Ort. Die LINKE. Essen vernachlässigt weder die Studierenden noch die Hochschulen.

Die LINKE. Essen nimmt Wohnmöglichkeiten für Studierende vor Ort in den Blick und unterstützt Studierendenwerke beim Bau kostengünstigen Wohnraums. Kommunaler Boden kann hierzu in Erbpacht vermietet werden, um der Wohnungsnot entgegenzuwirken. Bei der kommunalen Verkehrsplanung muss nicht nur die Anbindung an den ÖPNV gewährleistet sein, sondern auch die Abstimmung der Taktzeiten auf die Hochschulbedürfnisse.

Was tun?

- Aktualisierung der Schulentwicklungspläne durch die Schulämter, damit diese steigenden Geburtenzahlen, Migration und modernen pädagogischen Konzepten gerecht werden
- stärkere Zusammenarbeit zwischen den Nachbarkommunen bei der Schulentwicklungsplanung
- Schulneubau sowie Neugestaltung und Ergänzung bestehender Schulgebäude orientiert an den Erkenntnissen fortschrittlicher Pädagogik und neuen Anforderungen durch Inklusion
- Naturräume als Lernorte in die Planungen von Schulneu- und -umbauten einbeziehen
- Errichtung neuer Schulgebäude durch die öffentliche Hand orientiert an den Erkenntnissen moderner Pädagogik und neuen Anforderungen durch Inklusion
- digitale Infrastruktur auf den modernsten Stand ausbauen
- sofortige Ausbauplanung für eine 100%-Versorgung im Grundschulganztag
- Ausbau der Ganztagsplätze besonders in benachteiligten Sozialräumen
- Suche nach neuen geeigneten Ausbaukonzepten bei Platzmangel
- das Angebot zur Grundbildung der Bevölkerung entgeltfrei zur Verfügung zu stellen
- Integrationskurse für Migrant*innen, Zugänge zum Arbeitsmarkt, Übergänge zwischen Schule und Ausbildung, ein Zugang zur Hochschule für Berufstätige, Umgang mit neuen Medien
- Aufwertung der politischen Bildung
- Einrichtung von wohnortnahen subjektorientierten, gender- und kultursensiblen Beratungsstellen in öffentlicher Trägerschaft mit klientenzentrierten Konzepten, guten Rahmenbedingungen und professionellem, wissenschaftlich ausgebildetem Personal.

5. Demokratie

Für uns bedeutet Demokratie mehr, als alle Jubeljahre zu einer Wahl zu gehen: Sie muss sich im Alltag der Menschen wiederfinden. Essener*innen müssen in die Entscheidungsprozesse ihrer Stadt eingebunden werden, so oft und so gut es geht.

Wir wollen die Öffnung der Bezirksvertretungen, der Ausschüsse und des Rats für mehr Bürgerbeteiligung. Dafür wollen wir regelmäßige Assambleas (Foren für Einwohner*innen der Stadt) schaffen, auf denen sie die Entscheidungen der Stadt konkret mitbestimmen können.

Außerdem soll das Instrument der Bürger*innenbeteiligung zum Normalfall werden: Wenn die Stadt große Projekte umsetzten möchte oder wichtige Entscheidungen trifft, sollten die Bürger*innen das letzte Wort haben, nicht der Stadtrat. Wir setzen uns für direkte Demokratie anstelle von Stellvertreter*innenpolitik ein! Ob es um einen über 100 Millionen Euro teuren Bau eines Bürgerrathauses geht, eine mögliche Olympiade 2032 in NRW oder etwas anderes: wir wollen die Bürger*innenbeteiligung nach dem Erfurter Modell neu gestalten.

Schlussendlich brauchen die Stadt einen Bürger*innenhaushalt und die Bezirksvertretungen mehr Geld und damit mehr Handlungsspielraum, um menschennah mit den Anwohner*innen gemeinsam gemeinsam zu entscheiden, wofür das Geld ausgegeben werden soll. Auch wollen wir eine Kennzeichnungspflicht für alle Mitglieder der kommunalen Ordnungsbehörde einführen und für eine Kennzeichnungspflicht der Polizei auf Landesebene eintreten. Mit einer unabhängigen Beschwerdestelle auf Stadtebene wollen wir Polizeigewalt und Willkür vorbeugen, um so auch die rechtschaffenen Kolleg*innen vor den schwarzen Schafen in den eigenen Reihen zu schützen.

Unser Ziel ist eine massive Demokratisierung der Gesellschaft: Menschen, die hier leben, sollen ihre Stadt gestalten und bestimmen, wo es langgeht. Dafür wollen wir vor allem moderne Kommunikationsmöglichkeiten nutzen, ohne die Menschen abzuhängen, die sich bewusst gegen digitale Kommunikation entscheiden oder die sie nicht bedienen können.

Was tun?

- Kennzeichnungspflicht für Polizist*innen sowie Mitarbeiter des kommunalen Ordnungsdienstes
- Abbau von Kameras an öffentlichen Plätzen
- Einführung eines Bürger*innenhaushaltes
- Einbeziehung der Nachbarschaft bei Bauprojekten und Sanierungen
- Bindende Bürger*innenbefragung bei Großausgaben und Investitionen
- Erfurter Modell bei Bürger*innenbegehren einführen
- Regelmäßige Bürger*innenforen der Stadträte in ihren Bezirken

6. Digitalisierung & Smart City

In den vergangenen zehn Jahren hat die digitale Entwicklung enorme Fortschritte gemacht. Die Technologien werden immer raffinierter und die Gesellschaft wird zunehmend offener für den Gebrauch von digitalen Hilfsmitteln. Deutschland verharrt jedoch im europäischen Mittelfeld und die notwendige Digitalisierung kommt nur schleppend voran.

Schlechter bis kaum vorhandener Breitbandausbau, halbherzig durchgeführte Projekte und Datenschutz-Verletzungen sind der aktuelle Stand der Dinge. Die Städte und Kommunen haben wenig Handhabe, um gegen diese von Ländern und Bund verursachten Missstände anzukommen. Aber sie können trotzdem etwas tun, um mit gutem Beispiel voran zu gehen und das Leben der Bürger*innen in Essen zu verbessern. In einer digitalen Stadt, wo immer mehr Gegenstände miteinander vernetzt sind, sind Cyberangriffe allgegenwärtig und gehören

-

zum Alltag. Ohne eine sichere Infrastruktur und Cybersicherheit kann es keine Datensicherheit und Freiheit geben. Eine digitale Stadt muss Bürger*innen dabei unterstützen.

Ein verpflichtendes Informations-Sicherheits-Management-System (ISMS) soll hohe Sicherheitsstandards gewährleisten. Dies soll in Kooperation mit der Universität DuisburgEssen, Hochschulen, Wissenschaftlern und zivilgesellschaftlichen Gruppen zusammen geführt werden. Wir als DIE LINKE. Essen streben eine Datensouveränität und Datenhoheit an, in der die Bürger*innen ihre eigenen Daten kontrollieren. Die Bürger*innen sollen selbst frei entscheiden dürfen, welche Daten sie der Stadt unter welchen Bedingungen übermitteln wollen. Erhobene Daten müssen sicher und anonym verwaltet werden. Hier können wir vom Projekt „Decode“ aus Barcelona lernen.

Was tun?

- Schnelles Internet für alle. Dazu gehören Breitbandanschlüsse für alle, der Ausbau von öffentlich zugänglichen WLAN-Punkten und der flächendeckende Ausbau mit schnellem Mobilfunk.
- Verbleib der digitalen Infrastruktur in öffentlicher Hand bzw. die Zuführung in diese.
- Der Ausbau weiterer Breitbandanschlüsse soll mit Unterstützung von Bund und Land unmittelbar durch die Kommune erfolgen.
- Demokratische Smart City-Projekte in Städten und Gemeinden, welche die Lebensumstände der Menschen verbessern und niemanden zurücklassen. Umfassender Datenschutz für alle Einwohner*innen und die Hoheit der Kommune über ihre Daten.
- Ausweitung digitaler Angebote der kommunalen Verwaltungen, um Behördengänge möglichst niedrigschwellig und ohne Anreise oder Wartezeiten erledigen zu können.
- Umfassende öffentliche Mitbestimmung für Digitalisierungsprojekte; ihre Koordinierung durch Digitalisierungsbeauftragte und politische Kontrolle durch entsprechende Ausschüsse in den Kommunen
- Kostenfreie Weiterbildungsangebote für digitale Einsteiger*innen, damit alle etwas von der digitalen Kommune haben.
- Freier und unkomplizierter Zugang zu Daten, die mit öffentlichen Mitteln erhoben oder erstellt wurden (z.B. Statistiken, Studien, Karten, Bildmaterial, Mitschriften oder Aufzeichnungen von öffentlichen Sitzungen oder Debatten).
- Einführung von Open Source-Software in den Kommunen, um die Unabhängigkeit von digitalen Großkonzernen zu gewährleisten.
- Nicht-kommerzielle Nutzung der Stadt als digitaler Raum.

7. Frieden: Nie wieder "Waffenschmiede des Reiches"

Seit 2015 tagt die NATO mit hochrangigen Militärs, Politiker*innen und der Militärindustrie in der Messe Essen. Obwohl die Stadt Essen Mitglied im Netzwerk "Bürgermeister für den Frieden" (Mayors for Peace) ist, weigert sich der Oberbürgermeister konsequent, gegen den Kriegsrat vorzugehen. Auf der zweitgrößten NATO-Konferenz Deutschlands werden die Kriegsverbrechen von morgen geplant. Als DIE LINKE. Essen wollen wir gemeinsam mit den

Bürger*innen der Stadt dafür sorgen, dass die NATO nie wieder in Essen tagen darf und Essen eine echte Stadt des Friedens wird.

Gerade Essens bewegte (und nicht selten unschöne) Geschichte als "Waffenschmiede des Reiches" sollte uns Essener*innen eine Mahnung sein, uns für den Frieden einzusetzen. Deshalb werden wir alles dafür tun, um Waffenproduktionen und Exporte durch Essener Unternehmen wie Ferrostaal zu unterbinden und zu verhindern. DIE LINKE. Essen setzt sich dafür ein, dass Essener Unternehmen dazu angehalten werden, ihre militärische auf zivile Produktion umzustellen.

Auch das Werben der Bundeswehr nach "willigen" Rekrut*innen an Essener Schulen muss ein Ende haben. Die UNO klagte Deutschland bereits mehrmals an, das internationale Statut gegen die Verpflichtung von Kindersoldaten verletzt zu haben. Denn immer mehr Minderjährige schließen sich der Bundeswehr an. Wir sagen: „Kein Werben fürs Sterben!“ Wir, DIE LINKE. Essen, setzen uns dafür ein, dass der Beruf Soldat nicht als "ein Job wie jeder andere" in Schulen beworben werden darf. Stattdessen wollen wir aufklärerische und friedenspolitische Ansätze an Schulen etablieren und vertiefen. Wir wollen Städtepartnerschaften für Völkerverständigung nutzen.

Die Institutionen der öffentlichen Verwaltung in Essen sind Teil der zivil-militärischen Zusammenarbeit. Patenschaften mit Einrichtungen der Bundeswehr oder mit Kriegsschiffen sollen die Verbundenheit von Kommunen mit der Bundeswehr stärken. Das Militärische soll ganz normaler Alltag werden. Dabei wird an alte militärische Traditionen und teilweise sogar an das kolonialistische Erbe Deutschlands angeknüpft. So werden auch in Essen Kriegerdenkmale gepflegt, Straßen und Plätze tragen immer noch Namen von Militaristen und Kriegsverbrechern aus dem 1. und 2. Weltkrieg. Das muss sich ändern! Stattdessen sollen Orte und Straßen nach Menschen benannt werden, die sich zeitlebens für Frieden und Gerechtigkeit einsetzten, wie z.B. Philipp Müller, der am 11. Mai 1952 auf einer Friedensdemonstration in Essen erschossen wurde.

Was tun?

- NATO endgültig aus der Messe Essen verbannen.
- Das Programm des Netzwerks „Bürgermeister für den Frieden“ (Mayors for Peace) umsetzen, in dem Essen Mitglied ist.
- Bundeswehrwerbung an Schulen verbieten.
- Meldedaten von Jugendlichen dürfen nicht mehr für Bundeswehranschreiben herausgegeben werden. Dafür sollen Jugendliche frühzeitig über ihr Widerrufsrecht beim Einwohnermeldeamt informiert werden.
- Friedenspolitisches Engagement in Schulen und der Volkshochschule statt „Werben fürs Sterben“.
- Städtepartnerschaften stärken und Austauschprogramme schaffen, um den interkulturellen Dialog zu stärken.
- Essen muss den ICAN-Städteappell unterstützen: Abschaffung aller Atomwaffen!

-

- Kaiser-Wilhelm, Bismarck und Krupp Denkmäler sollen durch friedenspolitische Denkmäler ersetzt werden wie z.B. einem Denkmal für den Friedensaktivisten Philipp Müller, der in Essen ermordet wurde.
- Dem ehemaligen Feldmarschall und Reichspräsidenten Hindenburg muss die Ehrenbürgerschaft aberkannt werden.
- Straßen, die nach Militaristen benannt sind oder nach Menschen, die dem Kolonialismus Vorschub geleistet haben, sollen umbenannt werden.

8. Gerechtigkeit für alle Geschlechter!

Eine gerechte Gesellschaft beginnt mit einer konsequenten Gleichstellungspolitik, die Frauen gleichberechtigte Teilhabe im Beruf, in der politischen Aktivität, in der Bildung und in der öffentlichen Wahrnehmung sichert und sie vor Diskriminierung und Gewalt schützt.

Benachteiligungen, wie der nach wie vor bestehende Lohnunterschied von mehr als 20 Prozent, der geringe Anteil von Frauen in Positionen mit Entscheidungsmacht, sexistische Behandlung und Menschenrechtsverletzungen sind kein Zufall, sondern Folgen gesellschaftlicher Herrschaftsstrukturen, die überwunden werden müssen. Deshalb reicht uns Gleichstellung allein nicht aus.

Unsere Vorstellungen von geschlechtergerechter Politik gipfeln nicht in der Forderung, dass Frauen allein bequeme Chefsessel erobern, während Rassismus, soziale Kämpfe und Umweltkatastrophen unbearbeitet bleiben. Genau so wenig wollen wir, dass alle Menschen aller Geschlechter Niedriglohnjobs mit gleicher, mieser Bezahlung übernehmen „dürfen“. Geschlechtergerechtigkeit muss mit allen anderen Problemstellungen unserer Zeit gedacht werden. Sei es Rassismus, soziale Ungerechtigkeit oder Umweltkatastrophen: Keinen dieser Kämpfe können wir getrennt von allen anderen lösen.

Alleine in Essen wurden 2019 mehr als 100 Frauen, aufgrund von fehlender Bettenkapazitäten, nicht im Frauenhaus Essen aufgenommen. Der Schutz von Frauen, Mitgliedern der LGBTQ+ Community und anderen gefährdeten Menschen vor Gewalt muss auf kommunaler Ebene garantiert sein. Schutz und qualifizierte Hilfe in Bedrohungs- und Gefährdungssituationen durch Stellen, wie Frauenhäuser und andere Schutzräume sowie Beratungsstellen, müssen sichergestellt und unbürokratisch und bedarfsgerecht zur Verfügung stehen.

Was tun?

- Gleichstellungsbeauftragte müssen gegenüber Politik und Verwaltung gestärkt werden.
- Die von Mitgliedern des Stadtrats wahrgenommenen Positionen in Aufsichtsräten und Gremien müssen paritätisch besetzt werden.

  Diskriminierung von Frauen und der LGBTIQ-Gemeinde muss durch Weiterbildung und Aufklärung entgegengewirkt werden. Deshalb: Projekte gegen Homo- und Transfeindlichkeit z.B. in Jugend- & Bildungseinrichtungen und die Förderung von

sicheren Treffpunkten (Safe Spaces) für Mädchen und junge Frauen sowie für Lesben, Schwule, Trans- und Interpersonen müssen gefördert werden.

- Sexualisierte Gewalt muss durch Prävention und damit durch verstärkte Bildungsangebote bekämpft werden.
- Professionelle Sorgearbeit und personenbezogene Dienstleistungen (Kinderbetreuung, Pflege, soziale Arbeit) müssen durch eine höhere Bezahlung und bessere Arbeitsbedingungen aufgewertet werden.
- Wir fordern gleichen Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit. Die Ungerechtigkeit, dass in Essen Frauen um 23 Prozent schlechter bezahlt werden als Männer, ist zu beseitigen.
- Frauen- und Mädchenprojekte stärker fördern.
- Die Kapazität des Frauenhauses Essen muss deutlich ausgebaut werden.
- Förderung und Erhalt von Frauen- und Mädchenprojekten.
- Selbstbestimmung über den eigenen Körper und die eigene Lebenssituation ist zu garantieren.
- Verhütungsmittel auf Rezept ohne Zuzahlung, ggf. Kostenübernahme durch die Kommune.
- Coming-Out-Hilfe zur Bewusstseinsstärkung in Sachen sexueller und geschlechtlicher Vielfalt und Selbstbestimmung.

9. Gesundheit ist keine Ware

In Essen arbeitet rund jede*r fünfte Lohnabhängige im Gesundheitswesen: In der Altenpflege, in Krankenhäusern, Arztpraxen, bei Versicherungen oder Herstellern von Gesundheitsprodukten. Dieser Bereich ist für unsere Stadt essenziell.

Für viele sind es bekannte Situationen: Überfüllte Arztpraxen und Abfertigung wie am Fließband. Brillen, Zahnbehandlung, Zahnspangen und Medikamente kosten sehr viel Geld. Finanziell benachteiligte Menschen gehen nicht mehr zum Arzt oder zu Vorsorgeuntersuchungen, weil sie sich Krankheit nicht leisten können. Menschen mit geringeren Einkommen haben eine um zehn Jahre kürzere Lebenserwartung als reiche Menschen.

Dazu kommen Belastungen durch die Veränderungen des Wettergeschehens und andere Aspekte des Klimawandels, die sich auf die Gesundheit auswirken. Steigende Temperaturen, häufigere extreme Wetterereignisse wie Hitzewellen stellen neue Anforderungen an die Gesundheitsprävention und -versorgung der Menschen in den Kommunen. Gleichzeitig gibt es nur noch vier Kliniken in Essen, die über einen Kreißsaal verfügen. Hebammen können sich ihre Arbeit aufgrund steigender Versicherungsgebühren nicht mehr leisten.

Gesundheit ist keine Ware, sondern staatliche und kommunale Daseinsvorsorge. DIE LINKE. Essen will die Privatisierung des Gesundheitswesens stoppen. Denn im Kapitalismus haben Privateigentum und Gewinnstreben Vorrang. Das steht allerdings im Widerspruch zu medizinischen Versorgungsgesichtspunkten. Krankenhäuser und Gesundheitsversorgung

-

gehören in die öffentliche Hand. Der Nutzen medizinischer Versorgung für die Patient*innen muss dabei wissenschaftlich bewiesen und für Betroffene transparent sein. Wir streben eine Kommunalisierung bzw. Überführung aller Essener Krankenhäuser in öffentliche Hand an, sei es durch die Kommune oder das Land Nordrhein-Westfalen.

Gleichzeitig kämpfen viele Menschen gegen unerträgliche Zustände in Altenheimen und Krankenhäusern: Überarbeitung, Pflegenotstand und Mangel sind oft zur Normalität geworden. Wir stehen solidarisch an der Seite aller in Krankenhäusern, Arztpraxen und Altenheimen arbeitenden Menschen, wir fordern Entlastung jetzt.

Auch die Situation der Auszubildenden muss verbessert werden. So sind viele Wohnheime für Auszubildende im Pflegebereich in einem miserablen Zustand. Als DIE LINKE. Essen wollen wir den Bau und die Sanierung von Wohnheimen für Auszubildende im Gesundheitsbereich fördern und so die Attraktivität der Ausbildung steigern.

Außerdem möchten wir den Ausbau von wohnortnahen Gesundheitszentren vorantreiben, die kollektiv von Anwohner*innen und den dort arbeitenden Menschen organisiert werden. Vorbilder dafür können die in Berlin-Neukölln entstehenden Kollektive sein, die gesundheitliche und soziale Aspekte, wie das Vereinsamen von Menschen, zusammendenken. Auch die Verteilung der Ärzt*innen muss besser organisiert sein: im Essener Norden fehlen gemessen an der Bevölkerungszahl Ärzt*innen, insbesondere Kinderärzt*innen. Es fehlen Anreize, um vorhandene Arztpraxen zu übernehmen oder neue zu eröffnen.

Wenn die von Contillia mit dem Land abgestimmten Pläne zur Umgestaltung der Krankenhauslandschaft im Essener Norden sowie der ambulanten Angebote nicht umgesetzt werden, werden die Versorgungslücken größer. Dem muss die Stadt entgegenwirken und die umfassende Gesundheitsversorgung sicherstellen.

Und gerade Pflege ist Aufgabe der gesamten Gesellschaft und Bestandteil kommunaler Daseinsvorsorge. Menschen haben ein Recht auf eine würdevolle und bedarfsgerechte pflegerische Versorgung. Diese muss gerecht finanziert und solidarisch organisiert sein, egal ob Tages-, ambulante oder stationäre Pflege.

Was tun?

- Nicht-öffentliche Krankenhäuser in kommunales oder Landeseigentum überführen.
- Wohnortnahe Gesundheitsversorgung garantieren. Aufbau von Gesundheitszentren in allen Bezirken in kollektiver Verwaltung.
- Ausbau von Wohnheimen für Auszubildende im Gesundheitsbereich.
- Angemessene Verteilung der niedergelassenen Kinderärzt*innen.
- Kostenlose Präventions- und Rehabilitationsangebote für alle bereitstellen.
- Regionale Gesundheitsberichterstattung einführen.
- Wirksame Kontrolle bei Infektionsschutz und Krankenhaushygiene durch Gesundheitsämter sicherstellen.
- Mehr Personal in Krankenhäusern.
- Ausbau alternativer Wohn- und Versorgungsformen für Menschen mit Pflegebedarf und Ausbau kommunaler Pflegedienste und Sozialstationen.

- Ausbau der Kurzzeitpflegeplätze.
- Bedarfsorientierte und wohnortnahe Tagespflegeeinrichtungen für jung und alt. Beteiligung der Stadt Essen an neuen ambulanten Versorgungszentren.

10. Inklusion für Menschen mit Behinderung

Seit zehn Jahren gilt die UN-Behindertenrechtskonvention. Diese muss in Essen endlich konsequent umgesetzt werden. Das heißt: bauliche, kommunikative, rechtliche und administrative Barrieren müssen überwunden werden, damit der Mensch, wie in der UN Konvention vorgesehen, wieder im Mittelpunkt steht.

Wir fordern deshalb die wichtigsten Inhalte der Internetseite der Stadt Essen gemäß der Barrerefreie-Informationstechnik-Verordnung (BITV) sowie die Sitzungen des Rates der Stadt Essen in Gebärdensprache zu übersetzen, um politische Teilhabe zu ermöglichen.

Was tun?

- Gleiche Bedingungen für Menschen mit und ohne Behinderungen schaffen. Dazu wird eine*r Inklusionsbeauftragte*r ernannt.
- Barrierefreiheit bei allen Einrichtungen im öffentlichen Raum massiv ausbauen und schneller voranbringen. Zudem ein Ausbau von barrierefreier Sprache in der Verwaltung, damit alle Menschen schnell und selbstständig ihre Rechte kennenlernen und durchsetzen können, um z.B. Wohngeld zu beantragen. Barrierefreier Zugang zu allen Serviceleistungen der Verwaltung.
- Alle Essener Sondereinrichtungen (Werkstätten, Wohnheime und Förderschulen), in denen Menschen mit Behinderungen separiert werden, müssen abgeschafft werden. Deshalb müssen Maßnahmen ergriffen werden, um eine vollständige Inklusion & Teilhabe dieser Menschen an der Gesellschaft ermöglichen.
- Schulung von Mitarbeiter*innen der Stadtverwaltung und offensive Information der Verwaltung zum "persönlichen Budget", damit Menschen mit Behinderung selbstbestimmt wohnen, leben, lernen und arbeiten können.
- Bildung eines Essener Beirats für Menschen mit Behinderungen, deren Mitglieder von den Betroffenen demokratisch gewählt werden.
- Persönliche Assistenz zur gesellschaftlichen Teilhabe und zu Freizeitmaßnahmen.
- Gebärdensprachdolmetscher*innen z.B. für Amtsgänge zur Verfügung stellen.

11. Migration – Für eine Gesellschaft der Vielen

Seit mehr als 100 Jahren bilden das Ruhrgebiet und die Stadt Essen eine der größten Industrieregionen Europas. Millionen Menschen zogen seitdem in unsere Städte und aus kleinen Dörfern wurden Metropolen. Integration und Inklusion stecken seit jeher in der DNA unserer Stadt.

Fast 30% aller Menschen in Essen haben eine Zuwanderungsgeschichte. Das heißt, dass sie selber, ihre Eltern oder Großeltern nicht in Deutschland geboren wurden. Statt

-

Sonderregelungen und Erlasse gegen Migrant*innen fordern wir die volle rechtliche Gleichstellung durch erleichterte Einbürgerung. Wir unterscheiden dabei nicht zwischen jenen ohne Zuwanderungsgeschichte, Migrant*innen, die schon länger hier leben oder neu Zugewanderten.

Ergänzt werden muss eine solche Politik durch einen konsequenten Ausbau des Diskriminierungsschutzes auf allen Ebenen und die Abschaffung ausgrenzender Gesetze, mit dem Ziel, dass alle Menschen in unserer Kommune einen sicheren Aufenthaltsstatus genießen, Duldung darf daher auf maximal zwei Jahre angelegt sein, spätestens dann muss alles getan werden, um einen dauerhaften und sicheren Aufenthaltsstatus zu gewährleisten. Die Arbeit der Essener Ausländerbehörde wird dabei auch im Hinblick auf die vielen Beschwerden von Migrant*innen überprüft und es wird alles getan, um ein Gefühl des Willkommenseins zu schaffen.

Die seit Jahren andauernde Kriminalisierung und Stigmatisierung von in Essen lebenden Libanes*innen muss beendet werden, statt über kriminelle Clans zu reden und Shishabars wöchentlichen Kontrollen zu unterziehen, sollten Perspektiven geschaffen werden und kleine Geschäfte gefördert statt kriminalisiert werden.

Doch Essen muss nicht nur in der Stadt Menschen eine gute Perspektive bieten, sondern auch verhindern, dass diejenigen, die vor Krieg, Unterdrückung und Verfolgung fliehen, einen sicheren Hafen finden. Denn niemand flieht freiwillig. Dieser Grundsatz muss endlich in der Politik ankommen. Nicht die geflüchteten Menschen sind schuld an ihrer Flucht, sondern Krieg, Armut, Hunger, Klimakatastrophen und all jene Konzerne und Regierungen, die diese Zustände verursachen und sie durch Profit- und Machtgier noch verschlimmern. Das bedeutet auch, all jene, die es nach Essen geschafft haben, mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln vor Abschiebungen zu schützen. Außerdem setzen wir uns dafür ein, dass alle Menschen, die dauerhaft in unserer Kommune leben, dort auch das Wahlrecht haben. Wir warten jedoch nicht nur auf Gesetzesänderungen im Bund. Auch vor Ort ist einiges möglich.

Die Mehrsprachigkeit von Kindern mit Migrationshintergrund soll als Chance verstanden und gefördert werden. Kinder mit einer natürlichen Mehrsprachigkeit haben einen Anspruch auf eine Förderung, die ihrer persönlichen Situation gerecht wird. Wir wollen an den Schulen ausreichende personelle und sachliche Ressourcen schaffen, um dies flächendeckend sicherzustellen. Wir setzen uns dafür ein, die Herkunftssprache als zweite Fremdsprache anzuerkennen und in Schulen als offene Angebote für alle Schüler*innen anzubieten.

Die schnelle Eingliederung in Arbeit ist ein zentraler Faktor der gesellschaftlichen Integration. Dies gilt für alle Menschen. Geflüchtete haben durch Arbeitsverbote, Beschränkungen und Nachrangigkeitsregelungen mit besonderen Restriktionen beim Zugang zum Arbeitsmarkt zu kämpfen. Und EU-Zuwander*innen werden durch speziell auf sie abzielende Verschärfungen im SGB II massiv benachteiligt. Diese sind abzubauen. Erkämpfte Mindeststandards wie der gesetzliche Mindestlohn dürfen nicht infrage gestellt werden. Gute Arbeit ist Voraussetzung für eine gelingende Integration. Prekäre Arbeit dagegen führt strukturell zu Diskriminierung und Ausgrenzung.

Was tun?

- Wirksamer Antidiskriminierungsschutz auf allen Ebenen, Schaffung kommunaler Antidiskriminierungsstellen.
- Gleichstellung des von Migrant*innen gewählten Integrationsrats mit anderen Ausschüssen.
- Die Stadt Essen soll dem Bündnis "Städte sicherer Häfen" beitreten. Für uns ist kein Mensch illegal!
- Bleiberechtsregelung für geduldete und illegalisierte Menschen.
  Das Gerede über Clans und die Stigmatisierung von Libanes*innen beenden und Entschuldigung für die jahrzehntelange Ausgrenzung.
- Kommunale Unterstützung bei der Beantragung von Doppel- und Mehrfach-Staatsangehörigkeiten erleichtern.
- Sozialräumliche Integrationsarbeit als ein zentraler Bestandteil der Stadtentwicklung.
- Beratungsstellen zur Heranführung von Neuzugewanderten an die sozialen Regelsysteme und zur Arbeitsmarktintegration mit herkunftssprachlichen Berater*innen.
- Förderung der Selbstorganisationen von Migrant*innen und Einbeziehung dieser Selbsthilfeorganisationen in die Entscheidungen und die Politik der Kommunen.
- Kommunale Finanzierung von Dolmetscher*innen für alle Behördengänge.
- Menschenwürdige Unterbringung, kostenlose Rechtsberatung und voller Zugang zum Gesundheitssystem für Geflüchtete.
- Mehr Sozialarbeiter*innen und Care-Personal einstellen.
- Diskriminierung von Roma als Fluchtgrund anerkennen.
- Sofortprogramm zur Aus- und Weiterbildung von zusätzlichen Lehrkräften, die Deutsch als Zweitsprache unterrichten, um dem gestiegenen aktuellen Bedarf gerecht werden zu können; in allen Lehramtsstudiengängen mit dem Unterrichtsfach Deutsch und allen Germanistik Studiengängen muss Deutsch als Zweitsprache als verpflichtendes Modul aufgenommen werden, Module der interkulturellen Pädagogik muss es in allen Lehramtsstudiengängen geben.

12. Kinder und Jugend

Jedes dritte Kind in Essen wächst in Armut auf. In kaum einem anderen hochindustrialisierten Land hängen die Chancen auf ein erfülltes und selbstbestimmtes Leben so eng mit den finanziellen Verhältnissen im Elternhaus zusammen wie in Deutschland. Deswegen ist eine gute soziale Infrastruktur eine wesentliche Voraussetzung, um Chancengleichheit zu ermöglichen und allen Kindern und Jugendlichen Perspektiven zu eröffnen. Aber daran mangelt es, auch in Essen.

Deshalb bedarf es einer verstärkten Förderung von Kinder- und Jugendeinrichtungen in sozial belasteten Stadtteilen, vor allem im Essener Norden. Selbstverwaltete Räume, die Jugendliche aktiv mitgestalten können (alternative und Jugendzentren), wollen wir dabei stärken. Die

-

entsprechenden Angebote sollen ausreichende Sachausstattung erhalten und personell gut aufgestellt sein. Dafür bedarf es mehr Struktur- und weniger Projektförderung.

Um eine gesellschaftliche Teilhabe aller Kinder und Jugendlichen in Essen zu gewährleisten, fordern wir kostenlose Monatstickets für alle Kinder und Jugendliche, unabhängig von der Entfernung zwischen Schule und Wohnort. Außerdem muss die Nutzung von Sportplätzen und -hallen sowie Schwimmbädern unabhängig von einer Vereinszugehörigkeit sein. DIE LINKE. Essen setzt sich dafür ein, dass kommunale Schwimmbäder mit niedrigen Preisen und kostenfrei nutzbare Sportstätten erhalten bleiben.

In Essen fehlen fast 3.000 Kitaplätze und das seit Jahren. Weder die aktuelle noch die vorherige Ratsmehrheit hat es geschafft, hier Abhilfe zu schaffen. Gerade für unter Dreijährige gibt es zu wenige Kita-Plätze und der Ausbau stockt. Besonders Eltern junger Kinder werden mit Tagespflegeplätzen abgespeist.

Denn viele Eltern wünschen sich anstelle von Tagespflege von Anfang an einen Kitaplatz für ihre Kinder. Gründe hierfür sind die bessere Vereinbarkeit mit dem Beruf und die Vorteile frühkindlicher Bildung. Dabei darf der Rechtsanspruch des Kindes auf Tagesbetreuung nicht vom Erwerbsstatus der Eltern abhängen. Wir finden: Erwerbslose Familien systematisch auf 25-Std.-Plätze oder ans Ende der Wartelisten in Kitas und Tagespflege zu verweisen, ist keine Lösung!

Was tun?

- Es müssen weiterhin ausreichend öffentlich geförderte, insbesondere kommunale Kitaplätze geschaffen werden.
- Ausbau von U3-Plätzen in Kitas entsprechend den Wünschen der Eltern, um die Betreuungsquote trotz steigender Geburtenzahlen zu erhöhen.
- Kita-Neubau durch kommunale Bauträger statt durch Privatinvestoren, an die keine Grundstücksvergabe stattfinden sollte. Kitagebäude sollten der Kommune gehören. Teure Mietverträge mit Investoren gehören auf den Prüfstand.
- Die Qualifikation von Tageseltern ist erheblich auszubauen und die fachliche Begleitung der Tageseltern durch das Jugendamt und örtliche Träger zu verbessern.
- Die Erzieher*innen-Ausbildung in städtischen Berufskollegs muss ausgebaut und attraktiver gestaltet werden, um dem Fachkräftemangel langfristig entgegenzuwirken.
- Mehr Praktikumsplätze im Rahmen der praxisorientierten Ausbildung und des Anerkennungsjahres für Erzieher*innen und Sozialarbeiter*innen.
- Mehr beitragsfreie Mitmachangebote in Kultur, Bildung, Sport und Freizeit während und außerhalb der Schulferien; ausreichende Deckung des tatsächlichen Bedarfs.
- Erhalt und Ausbau von Streetwork und Angeboten der aufsuchenden Sozialarbeit
- Besondere Förderung von (barrierefreien) Spielplätzen in sozial belasteten Gebieten, die von Kindern und Jugendlichen partizipativ mitgestaltet werden. Dies schließt auch Freiflächen als zwanglose Treffpunkte für Jugendliche, außerschulische Lernorte und die Öffnung aller Schulhöfe als Spiel- und Aufenthaltsräume ein.
- Bedarfsgerechte Angebote der Kinder- und Jugendkultur als verpflichtender Bestandteil im Kinder- und Jugendförderplan.
- Senken des Wahlalters bei Bürgerbegehren und -entscheiden sowie Kommunalwahlen auf 14 Jahre.

13. Kultur von allen für alle – für kulturelle Freiräume

Essen ist reich. Reich an Kultur, reich an Kunst. Kultur und kulturelle Bildung sind wichtige Konstanten im Leben einer Stadt. Sie ermöglichen Begegnung, Austausch und gegenseitiges Kennenlernen. Kultur belebt und prägt die Stadt, wenn alle Essenerinnen und Essener ein vielseitiges kulturelles Angebot wahrnehmen oder kreativ selbst gestalten können. Deshalb setzt sich DIE LINKE. Essen für den Erhalt des bestehenden Kulturangebotes ebenso wie für die Entwicklung eines breiten, wohnortnahen und erschwinglichen kulturellen Angebots ein. Wir wollen die kulturelle Teilhabe aller Menschen in der Stadt verbessern und treten deshalb für die Förderung interkultureller Arbeit ein. Wir kämpfen für die soziale Absicherung aller Beschäftigten im Kulturbereich.

Die Theater und Philharmonie GmbH ist am Ende des Kürzungskurses angekommen. Bei weiterer Mittelkürzung leiden Qualität und Quantität der fünf Sparten. Das lehnen wir ab. Die derzeitige Diskussion um eine Umstrukturierung darf nicht unter dem Gesichtspunkt der finanziellen Einsparung, sondern der Erhöhung der Qualität geführt werden. Durchaus sinnvoll können dagegen stärkere Kooperationen der kulturellen Einrichtungen mit denen der Nachbarstädte sein. Gerade die jüngere Generation sieht das Ruhrgebiet kulturell längst als eine Region an. Stadtgrenzen sind keine Kulturgrenzen mehr. Aber Theater, Tanz, Oper und Philharmonie müssen sich stärker in die Stadt öffnen, von sich selbst aus Stadtteilkultur anbieten bzw. fördern. Das erfolgreiche „Kulturticket“ für Studenten muss Menschen mit geringem Einkommen oder Unterstützungsleistungen ebenfalls zugänglich gemacht werden. Die Aktivitäten von KulturPott.Ruhr reichen dafür nicht aus.

Dies gilt auch für das Museum Folkwang. Der Erfolg des kostenfreien Eintritts in die Dauerausstellung zeigt, dass das Interesse aller Bevölkerungsschichten und Altersgruppen hoch ist. DIE LINKE. Essen setzt sich dafür ein, dass dies weitergeführt und ausgebaut wird. Die Ausstellungen zur Stadtgeschichte im Haus der Essener Geschichte müssen der Öffentlichkeit gut zugänglich sein. Dazu muss das Personal im Haus der Geschichte schrittweise ausgebaut werden. Nicht nur um die Erweiterung der Öffnungszeiten zu garantieren, sondern auch, um ein breites museumspädagogisches Angebot vor allem für Schulen bereit zu halten.

Die derzeitige Diskussion um die Umstrukturierung der Bibliotheken der Stadt darf nicht zu einer Einsparung, sondern muss zu einer Verbesserung ihrer Qualität führen. DIE LINKE. Essen setzt sich dabei auch für Wohnortnähe und Erreichbarkeit ein. Sie müssen umgestaltet werden zu einem Ort der Bildung, der Begegnung und des Austauschs. Allein der Verleih von Medien reicht nicht mehr aus. DIE LINKE. Essen begrüßt die Erweiterung der Öffnungszeiten. Dafür müssen sie aber auch insgesamt ausreichend finanziert werden.

Kultur und Kunst einer Stadt lebt vielfach von der freien Szene. DIE LINKE. Essen streitet für die gezielte Entwicklung der freien Kunst- und Kulturszene. Langfristige und verlässliche Förderungen sind für die freie Szene wichtig, ebenso zusätzliche Raumangebote. Solche Angebote können auch in leer stehenden Läden, wie es sie in Essen vielfach gibt, zum Beispiel in der Nordstadt oder in Altendorf, geschaffen werden. Hier muss die Stadt gezielt aktiv werden und einmal geschaffene Freiräume schützen. Kunst im öffentlichen Raum muss ein fester Bestandteil städtischer Planung sein und bei öffentlichen Bauaufträgen mitgedacht und umgesetzt werden.

Deshalb ist es notwendig, die Kulturförderung neu zu gestalten. Wir wollen eine Anpassung der Kriterien an die Bedingungen der unterschiedlichen Sparten. Das Budget für die freie Szene muss erhöht werden und ein Miteinander von professioneller freier Szene und Amateuren ermöglichen. Wir wollen transparente Entscheidungsstrukturen, um eine gezielte Förderung über Banalitätsgrenzen hinaus zu erreichen. Dazu müssen auch die Bezirksvertretungen in die Lage versetzt werden. Künstler müssen von ihrer Arbeit auch leben können. Deshalb tritt DIE LINKE. Essen für die Schaffung einer Honoraruntergrenze bei städtischen Aufgaben bzw. Projekten ein.

Wir wollen einen Aus – und Umbau des Kulturbüros der Stadt Essen, um stärker als bisher Kulturprojekte in allen Stadtteilen aufbauen zu können und Künstler*innen in ihrer Arbeit zu unterstützen. Außerdem benötigen wir eine neue Diskussionskultur zwischen dem Kulturbeirat der Stadt und den politischen Gremien. Kunst und Kultur können nicht alles. Aber Kunst und Kultur können beitragen zu einem solidarischen Dialog, gegenseitigem Verständnis und einem friedlichen Miteinander.

Was tun?

- Kunst und Kultur benötigen mehr finanzielle Mittel, mehr Freiraum und Freiheit.
- Hoch subventionierte Kultureinrichtungen müssen sich mehr in den Stadtteilen engagieren, Stadtteilkultur unterstützen.
- Kunst erleben muss für alle erschwinglich sein.
- Stadtteilkultur muss weiterentwickelt und bei politischen Entscheidungsprozessen mitgedacht werden.
- Kunst und Kultur und ihre Einrichtungen müssen barrierefrei sein

14. Ökologie

Klimaschutz betrifft alle. Die regierende GroKo hat das anders gesehen, deswegen fangen wir bei uns und in der Stadtverwaltung an. Die Stadtverwaltung hat zwar vor Jahren beschlossen, zu 100% erneuerbaren Strom zu nutzen, sie soll aber auch die Stromversorgung auf eigenen Gebäuden selbst sicherstellen, z.B. durch Solar- oder Windanlagen. Klima- und Umweltschutz müssen eine Querschnittsaufgabe aller Fachbereiche der Stadtverwaltung werden. Die Verwaltung orientiert sich dabei bei zukünftigen Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels an wissenschaftlichen Erkenntnissen wie dem Bericht des Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC). Der Klimabericht der Stadt Essen muss weiter fortgeschrieben werden und spätestens alle zwei Jahre soll eine Klimakonferenz mit allen gesellschaftlichen Gruppen ausgetragen werden, um die Befunde aus dem Bericht transparent auszuwerten und in Maßnahmen zu überführen.

Wir setzen uns dafür ein, dass die Stadt Essen auf allen Ebenen dafür kämpft, dass das 1,5 Grad-Ziel des Pariser Klimaabkommens eingehalten wird und Essen CO2-neutral wird. Leider hat die GroKo die Zeichen der Zeit nicht erkannt: Klima-Notstand überall, nur nicht in Essen. Großstädte erwärmen sich laut Klimabericht des Weltklimarates deutlich stärker als ihr Umland. Speziell für Essen, das in einer Metropolregion von anderen Großstädten umgeben ist, heißt das, dass wir ein konsequentes und effektives Begrünungskonzept brauchen. Leider hat die regierende GroKo, anstatt mehr Grün in die Stadt zu bringen, seit 2015 mehr als 11 000 Bäume ersatzlos gefällt. Bäume nehmen nicht nur CO2 aus der Luft auf und geben Sauerstoff ab, sie spielen außerdem eine wichtige Rolle in der Abkühlung des urbanen Klimas, gerade an heißen Sommertagen.

Die Baumpflege soll nicht weiter auf Ehrenamtliche ausgelagert werden, sondern durch mehr Geld für Grün & Gruga und neu zu schaffende Stellen gesichert werden. Insektenfreundliche Wiesen werden in den Parks der Stadt integriert und erhalten. Zusätzlich werden öffentliche Veranstaltungen zum Stadtklima durchgeführt. Neben einem besseren Schutz für bestehenden Pflanzenbestand und Neupflanzungen, müssen wir zusätzlich für eine

konsequente Fassaden- und Dachbegrünung sorgen, die schon bei der Bauleitplanung mitgedacht wird. Die Innenstadt wollen wir in eine grüne Oase verwandeln: Anstelle von Beton- und Steinwüsten wollen wir eine lebendige Stadt, die zum Verweilen einlädt.

Wir stellen uns gegen Flächenfraß im Außenbereich und setzen uns für Innenentwicklung ein. Auch die Einwohner*innen sorgen sich um die klimatisch wichtigen Freiflächen in ihrem Stadtteil. Die Proteste der vergangenen Monate führen das Scheitern der großangelegten Bürgerbeteiligung „Wo wollen wir wohnen“ unmissverständlich vor Augen. Abstrakte Beteiligungen bringen dann nichts, wenn nicht die Betroffenen vor Ort einbezogen werden. Sie sind die Expert*innen und haben – wie im Falle Haarzopf – ja durchaus konkrete Alternativen zu den Verwaltungsvorschlägen entwickelt. Wir setzen uns dafür ein, den Flugbetrieb am Flughafen Essen/ Mülheim schnellstmöglich einzustellen und eine stellenweise Bebauung der Fläche unter Berücksichtigung ihrer Funktion als Klimazone und Frischluftschneise umzusetzen, um Wohnungen für Menschen und nicht Lobbyinteressen zu fördern.

Klimawandel ist für uns untrennbar mit Klimagerechtigkeit verbunden. Vom Klimawandel sind die dichtbesiedelten Stadtteile mit einer meist ärmeren Bevölkerung am stärksten betroffen. Die Temperaturunterschiede zwischen verdichteten Bebauungen und grünen Vororten können leicht 8-10°C betragen. Das heißt für uns, dass hier zuerst und mit kreativen Begrünungsideen die Lebens- und Luftqualität für Anwohner*innen erhöht werden muss. Kleine Parks, Dach- und Fassadenbegrünung, bunt blühende Mittelstreifen, Entsiegelung von Flächen: Es gibt viele Wege, man muss sie nur gehen und nicht fahren wollen.

DIE LINKE. Essen setzt sich für eine*n Fußverkehrsbeauftragte*n ein, um Sicherheit und Bequemlichkeit erst einmal für Menschen und nicht für Autos zu gewährleisten. Die halbherzigen Maßnahmen im Rahmen des Lead-City-Programms werden nicht zu einem nachhaltigen Umstieg auf den ÖPNV führen. Sollten aber die wenigen Verbesserungen, wie Verkürzung von einigen Fahrtakten oder günstige Monatstickets wieder einkassiert werden, weil die Bundesmittel fehlen, ist das Ganze ein Flop. Wir setzen uns für einen kostenfreien Bus- und Bahnverkehr sowie dessen Ausbau ein, damit alle Essener*innen in den Genuss eines gut funktionierenden ÖPNVs kommen können. Zudem sollen mehr und ordentliche Fahrradwege und –straßen die Luftqualität verbessern und die Mobilität erhöhen.

Der Forstbetriebsplan wird weiterentwickelt. Ein Waldschutz- und Waldumbaukonzept muss erarbeitet werden. Wo Wälder forstwirtschaftlich genutzt werden, soll möglichst auf schwere Maschinen verzichtet werden. Natur- und Landschaftsschutzgebiete sollen erhalten bleiben und nicht bebaut werden. Baumfällungen und -neupflanzungen sollen insgesamt transparenter und verständlicher für die Bürger*innen dargestellt werden. Jeder gefällte Baum muss ersetzt werden!

Wir setzen uns dafür ein, dass landwirtschaftliche Flächen nur noch an ökologisch ausgerichtete Produzent*innen vergeben werden. Es gibt 3.000 Hektar Agrarfläche, mit denen sich die Stadt mit modernen, nachhaltigen Methoden wie Permakulturen selbst versorgen könnte. Essen soll eine pestizidfreie Stadt werden. Wir unterstützen die Grundsätze

der Biostadt, wollen uns an den erfolgreichen Konzepten des Urban Gardening orientieren und Gemeinschaftsgärten fördern.

Seit 2013 ist Tierschutz erklärtes Staatsziel. Für die Tierwelt hat sich seitdem wenig verbessert. Im Gegenteil – durch das bestehende Tierschutzgesetz wird die Tierwelt entrechtet und dem Kapitalismus unterworfen. DIE LINKE. Essen kann auf kommunaler Ebene das Tierschutzgesetz nicht ändern, aber mit geeigneten Maßnahmen gegensteuern, z.B. keine Genehmigungen für Zirkus-Gastspiele mit Tieren, Ponyreiten auf Volksfesten oder, dass das Essener Tierheim ausreichend ausgestattet wird. Wir sprechen Tieren das Recht auf eine natürliche, artgerechte Existenz zu, unabhängig von ihrem Nutzwert.

Um unsere Vision einer klimagerechten Stadt für alle zu erreichen, müssen wir mit der aktuellen Politik brechen und uns gegen Konzerne wehren, die sich an der Umweltzerstörung oder am Menschen- und Klimakiller Krieg bereichern. RWE, dem größten CO2-Emittent der EU, sowie Evonik müssen Grenzen aufgezeigt werden. Thyssen-Krupp, die von der Rüstungsschmiede des Reiches zu der Europas aufgestiegen sind, gilt es zu entmachten. Wir wollen uns dafür einsetzen, diese Betriebe und ähnliche in öffentliche Hand überführen. Die klimaschädlichen Teile der Produktion, insbesondere die Erzeugung von Strom aus Kohle und die Herstellung von kriegstauglichen Gütern, müssen komplett eingestellt werden.

Das alles schaffen wir nicht allein auf kommunaler Ebene, doch in Zusammenarbeit mit anderen Akteur*innen wie der neuen Klimabewegung, können wir unsere Ziele bis auf die Bundesebene tragen und umsetzen. Nur so schaffen wir eine Welt, die gerecht für Klima und Menschen ist. DIE LINKE. Essen fordert: System Change, not Climate Change!

Was tun

- Essen wird bis 2030 CO2-neutral.
- Eigene Stromversorgung für die Stadtverwaltung durch Solar- und Windanlagen.
- Fortschreibung des Klimaberichts sowie regelmäßige Klimakonferenz zur Auswertung und Umsetzung.
- Ausrufen des Klimanotstands.
- Mehr Geld und Stellen für Grün & Gruga.
- Stärkung öffentlicher Veranstaltungen zum Stadtklima.
- Konsequente Fassaden- und Dachbegrünung sowie die Essener Innenstadt zur grünen Oase entwickeln
- Kein Flächenfraß im Außenbereich, sondern Innenentwicklung vorantreiben.
- Klimawandel = Klimagerechtigkeit: Alle Essener*innen haben ein Recht auf gute Luft.
- Ausnahmsloses Nachpflanzen von Bäumen, sowie transparente Darstellung über Baumfällungen und –neupflanzungen; stärkere Unterstützung von Baumpat*innen.
- Stärkung von Essener Tierschutzorganisationen.
- Konkrete Konzepte zur Erhaltung der Artenvielfalt entwickeln.
- RWE, Evonik und Thyssen-Krupp entmachten und in die öffentliche Hand überführen.

15. Ordnungspolitik

Für uns ist Ordnungs- und Sicherheitspolitik zuerst eine Frage der sozialen Gerechtigkeit: Werde ich als Stadt und Gesellschaft vorab aktiv, muss ich später keine Kriminalität bekämpfen. Um Kriminalität zu bekämpfen, müssen wir daher ein zukunftssicheres Essen schaffen, in der jede*r eine Perspektive für sich, ihre*seine Freund*innen und Familie sieht. Uns ist klar, dass die reale Sicherheit einer Stadt nicht immer gleichbedeutend mit der gefühlten Sicherheit ist. Denn auch in Essen trügt der Schein: unsere Stadt ist eine der sichersten Großstädte der Welt, in Deutschland liegen wir unter den zehn sichersten Städten! Und das Schlechtreden der Stadt hat reale Konsequenzen: wenn Rechtspopulist*innen und Law & Order Politiker*innen so tun, als ob unsere Stadt der Wilde Westen wäre, siedeln sich weniger Menschen hier an. Hochqualifizierte Menschen zieht es in andere Städte und der Tourismus leidet. Aber wir lassen uns unsere Stadt nicht schlecht reden!

Um Sicherheitskräfte zu entlasten, werden wir auf Landes- und Bundesebene dafür kämpfen, dass Schwarzfahren und Cannabiskonsum nicht mehr strafbar sind, um somit Gerichte und Polizei zu entlasten. Beide „Delikte“ verursachen jährliche Millionen Stunden an Arbeit, die an anderer Stelle fehlen. Außerdem lehnen wir die so genannte Doppelstreife, bestehend aus einem Mitglied der kommunalen Ordnungsbehörde und der RGE, ab: städtische Aufgaben gehören in städtische Hand, nicht in die eines Unternehmens, auch wenn es der Stadt gehört.

DIE LINKE. Essen fordert die sofortige Abschaffung von Videoüberwachung öffentlicher Plätze. Viele Studien haben beweisen, dass Kameras Kriminalität nicht verhindern, sondern sie an andere Orte verdrängen. Aber unter der Dauerüberwachung leidet in hohen Maße die Freiheit aller Bürger*innen. Wir wollen keinen gläsernen Menschen!

Seit einiger Zeit gibt es die Doppelstreife. Diese sollen, von der Idee her, als Kontaktpersonen für die Menschen vor Ort dienen. Doch leider sind diese Streifen noch immer auf wenige Stadtteile begrenzt und am Wochenende kaum erreichbar. Wir fordern daher die Etablierung von so genannten Kontaktbeamten durch Polizei und Stadt. Anstelle von wechselnden Personen sollen sich Beamte als Kümmerer in ihrem Kiez etablieren und auch am Wochenende erreichbar sein. Diese Beamten sollten nicht bewaffnet sein. Denn sie sind nicht zur Kontrolle da, sondern um sich um die Menschen vor Ort zu kümmern, ein Dienstleister!

Die andauernde Schikane durch Razzien mit hunderten Beamten gegen Shishabars und neuerdings Barbershops, die zumeist Menschen mit libanesischer oder arabischer Abstammung gehören, lehnen wir ab. Für uns ist dieses Vorgehen nichts anderes als Racial Profiling. Menschen sollen nicht wegen ihrer Herkunft oder ihrem Aussehen in Sippenhaft genommen werden. Ebenso lehnen wir die Verdrängungspolitik gegenüber im Stadtkern oder in Stadtteilzentren „unerwünschten“ Gruppen, wie der so genannten Trinkerszene, als Ordnungspolitik ab. Diese Menschen brauchen unsere Hilfe und dürfen nicht verdrängt werden! Keine Law & Order Politik, sondern Prävention muss der Grundpfeiler jeder Sicherheitspolitik sein!

Was tun?

- Abschaffung der Streifen aus Ordnungsdienst und RGE
- Stopp den Schikane-Razzien.

- Abschaffung der Videoüberwachung von öffentlichen Plätzen.
- Keine Verdrängung der Trinker*innenszene.
- Schaffung von unbewaffneten Kontaktbeamten anstelle der Doppelstreife.
- Stopp dem schlechtreden Essens durch öffentliche Personen.
- Prävention statt Verfolgung.
- Entkriminalisierung von Schwarzfahren und des Cannabiskonsums!

16. Senior*innenpolitik

Menschen über 60 Jahren haben in Essen einen Anteil an der Bevölkerung von ca. 27%. Die Hälfte davon lebt allein. Viele Senioren*innen vereinsamen, weil die gesellschaftliche Teilhabe fehlt. Es ist aber falsch, wenn Menschen, die jahrzehntelang für unsere Gesellschaft gearbeitet haben, jetzt aufs soziale Abstellgleis gestellt werden und in Armut leben müssen, denn eine solche Lebenssituation macht viele Menschen krank und führt zur Vereinsamung.
Wir brauchen mehr seniorengerechte Wohnungen im Erdgeschoss oder mit Aufzug. Daher ist es notwendig, wieder die Zweckbindung bei solchen Wohnungen einzuführen. Auch ist es wichtig, dass die Seniorenwohnungen in den Quartieren entstehen, wo die Senior*innen ihren Lebensmittelpunkt haben. Dies ist auch eine Forderung aus dem laufenden Programm "Starke Menschen – Starke Quartiere".

Wichtig ist deshalb ein finanzieller Ausbau der Pflege und damit verbunden der Teilnahme von Senior*innen am gesellschaftlichen Leben. Senior*innen dürfen nicht aus der Gesellschaft ausgeschlossen werden.

Die Stadt muss insgesamt ein Ort der kurzen Wege werden: Einrichtungen des täglichen Bedarfs müssen so auch im hohen Alter fußläufig erreichbar sein. Seien es Arztpraxen, Supermärkte oder Cafés. Dies hilft nicht nur Menschen, die Gehschwierigkeiten haben, sondern ist auch ein aktiver Akt für den Umweltschutz.

Was tun?

- Flächendeckende Versorgungsangebote vor Ort, die gut erreichbar und einfach zugänglich sowie an den Bedarfen von Senior*innen ausgerichtet sind.
- Der Essener Nahverkehr muss fahrscheinlos und barrierefrei nutzbar gemacht werden und zwar so schnell wie möglich, an allen Stationen.
- Servicebrücken zwischen Jugend und Alter müssen auf kommunaler Ebene institutionalisiert werden.
- Das Lebensumfeld von Senior*innen muss bedarfsgerecht gestaltet werden.
- Wohnprojekte für Senior*innen, Wohngemeinschaften und Mehrgenerationenhäuser müssen gefördert werden.
- Leitbild für die Stadt- und Gemeindeentwicklung ist die „Stadt der kurzen Wege“.
- Nachbarschaftliches Engagement, Selbsthilfe-Organisationen und andere lokale Strukturen müssen gefördert werden.
- Ansprech- und Koordinationspersonen vor Ort, wie z.B. Ombudspersonen in Wohnquartieren, um Senior*innen im Stadtteil besser zu vernetzen.
- Wahlfreiheit zum Verbleib im gewohnten Wohnumfeld und Unterstützung beim Umbau der Wohnung.

- Stadtteilprojekte starten, die älteren Menschen mit dem immer stärkeren Problem der Vereinsamung helfen sollen – kein Mensch darf alleine sein!
- Ermäßigte Eintritts- und Nutzungspreise in allen von der Stadt finanzierten oder unterstützen Einrichtungen schaffen, wo es sie noch nicht gibt.

17. Sexarbeit: Probleme anpacken anstatt Menschen auszugrenzen!

Für Selbstständige, egal in welchem Gewerbe sie tätig sind, gelten andere Bedingungen als für Angestellte. Sexarbeit ist dabei gesondert geregelt. Denn seit dem 1. Juli 2017 ist das „Gesetz zur Regulierung des Prostitutionsgewerbes sowie zum Schutz von in der Prostitution tätigen Personen“, kurz „Prostituiertenschutzgesetz“ (ProstSchG), in Kraft getreten. DIE LINKE. Essen streitet unabhängig von der Frage, welche gesellschaftliche Akzeptanz die Prostitution genießt, für:

- Die Ablehnung einer möglichen Sondersteuer für Räume wie Bordelle, Schwulen-Clubs und Schwulen-Saunen, in denen sexuelle Kontakte möglich sind. Mit einer solchen „Sexsteuer“ wird das Gewerbe an sich unterdrückt, ohne dass die Kommune finanziell wirklich entlastet wird.
- Eine Anpassung der Sperrbezirksverordnung: Sexarbeitende brauchen keine Sperrbezirke, sondern geschützte, kommunale Räume mit entsprechenden Standards.
- Die hohen Hygiene- und Sicherheitsstandards des „Straßenstrichs“ an der Gladbecker Straße müssen erhalten und im Sinne der dort tätigen Sexarbeitenden ausgebaut werden.
- Die Einrichtung von „Runden Tischen“, in denen die Kommunikation zwischen Sexarbeitenden, Verwaltungsangestellten und Bürger*innen ermöglicht wird.
- Eine Stärkung der personellen und finanziellen Ausstattung von unabhängigen Beratungsstätten, wie der Beratungsstelle „Freiraum“: Es ist dringend erforderlich, Tätigen in der Sexarbeit Zugang zu Weiterbildung (berufliche Qualifikation, Sprachkurse, Selbstverteidigung) zu ermöglichen und Menschen, die aus dem Beruf aussteigen oder ihn wechseln möchten, vernünftige Alternativen anzubieten – und das über die aktuell übliche Vermittlung in Hartz IV oder in den Billiglohnsektor hinaus. Beratungsstätten müssen auch Hilfe bei Gewalterfahrung leisten können und dementsprechend ausgestattet werden.

18. Sport

Sport gehört in Essen dazu! Vom (Rollstuhl-)Basketball, Handball und Fußball über das Boxen, (Indoor)Rudern und Schwimmen hin zum Rhönrad: Die Essener Sportlandschaft ist im Gegensatz zu vielen anderen Kommunen vielfältig. Ob für die Weltmeisterschaft, die eigene Gesundheit oder einfach weil es Spaß macht, die Essener*innen treiben gerne Sport. Daher gibt es neben dem klassischen Vereinssport auch immer mehr Essener*innen, die ihren Sport selbstorganisiert angehen. Dieser reicht vom Joggen, Radfahren, Wandern, Fitnesssport oder Yoga bis zum Skaten, Klettern oder gemeinschaftlichen Bolzen im Park. Um allen einen Zugang zu sportlichen Aktivitäten zu ermöglichen, setzen wir uns neben der Förderung von Vereinen auch für Sportstätten im öffentlichen Raum ein. Diese müssen aber auch nutzbar sein,

weshalb heruntergekommene Sportstätten endlich saniert werden müssen. Der Etat der Sport- und Bäderbetriebe muss dazu auf ein angemessenes Niveau angehoben werden.

Zu einer lebenswerten Stadt gehört ein vielfältiges Freizeit- und Sportangebot, das allen Menschen zugänglich ist. Denn ein breites Sportangebot wirkt sich nicht nur positiv auf die Gesundheit, sondern auch auf die Zufriedenheit aus. Weil der Sport einen Treffpunkt bietet und für viele ein Mittelpunkt des gesellschaftlichen Lebens ist, leistet er auch hervorragende Arbeit darin, Menschen zusammenzubringen. Gerade auch für unsere Sportvereine sind die Förderung von Toleranz und Akzeptanz sowie die Gewaltprävention wichtige Ziele, womit sie einen großen Beitrag im Engagement gegen Rassismus und Ausgrenzung leisten. Besondere Angebote für Mädchen und Frauen, wie z.B. Mädchenfußball-Teams oder Selbstverteidigungskurse, sind ein wichtiger Beitrag zu Förderung der Selbstbestimmung.

Trainer*innen benötigen aber auch entsprechende Schulungen, um diese Ziele umsetzen zu können. Deshalb fordern wir, dass die Stadt die Vereine mit entsprechenden finanziellen Mitteln entlastet und kostenlose Aus- und Weiterbildungen anbietet. Ehrenamtliches Engagement soll durch eine Freiwilligenkarte, die Vergünstigungen beinhaltet, anerkennend belohnt werden.

Bewegungsräume in ausreichender Menge müssen fester Teil einer umfassenden Stadtentwicklung sein und bei der Stadtplanung mitgedacht werden. Schulen, Kinder- und Jugendeinrichtungen sowie weitere Nutzer*innen sind bei der Planung mit einzubeziehen und die Erreichbarkeit mitzudenken. So kann der Bau eines Spielplatzes auch zum Bau eines Dritten Ortes werden, wo Jung bis Alt inklusive anliegende Schulen einen Raum zur Bewegung, zum Austausch und zum Erholen haben. Solche Orte braucht es im gesamten Stadtgebiet. Wir setzen uns deshalb für den Schutz und die Ausweitung der bestehenden, sowie die Schaffung neuer Bewegungsräume ein, die gut angebunden sind und von allen genutzt werden können.

Darüber hinaus darf kein Schwimmbad mehr geschlossen werden, es müssen neue eröffnet werden! In Zeiten, in denen ein Rekordsommer den nächsten jagt, benötigen die Menschen genügend Orte zum Abkühlen. Gerade das Grugabad sollte daher durchgehend im Sommer geöffnet sein, längst überfällige Um- und Neubauten sind schnellstmöglich umzusetzen und der überfällige Denkmalschutz für das Bad festzuschreiben. Die Essener Schwimmbäder sollen für alle kostenlos zugänglich sein, mindestens aber braucht es Sozialtarife, die ihren Namen auch verdient haben – 1 Euro wäre angebracht. Zur Verbesserung der Schwimmfähigkeit, vor allem von Kindern und Senior*innen, benötigen wir zudem deutlich mehr Lehrschwimmbecken sowie mehr und dauerhaft eingestellte Bademeister*innen sowie Schwimmlehrer*innen. Wir wollen alle mitnehmen: vom Breiten- bis zum Hochleistungssport, inklusiv und barrierefrei!

DIE LINKE. Essen lehnt die Durchführung olympischer Spiele an Rhein und Ruhr ab. DIE LINKE. Essen tritt in jedem Fall für einen frühzeitigen Bürger*innen- oder Volksentscheid zur Durchführung von Olympia an Rhein und Ruhr ein, der vor den Entscheidungen für oder gegen Olympia stattfindet. DIE LINKE. Essen setzt sich dafür ein, dass in die Menschen der Region investiert wird, statt ins Olympischen Komitee, die Sportvermarkter und Rechtehändler. Deswegen sagen wir Nein zu Olympia!

Was tun:

- Förderung von Vereinen und selbstorganisiertem Sport.
- Heruntergekommene Sportstätten sanieren.
- Etat der Sport- und Bäderbetriebe erhöhen.
- Vereine finanziell entlasten: Kostenlose Aus- und Weiterbildungen sowie Freiwilligenkarte für Ehrenamtliche, die Vergünstigungen beinhaltet.
- Dritte Orte für Jung bis Alt bei der Stadtplanung mitdenken.
- Schutz und Ausweitung der bestehenden und Schaffung von neuen Bewegungsräumen.
- Neue Schwimmbäder und Lehrschwimmbecken.
- Um-/Neubau und Denkmalschutz für das Grugabad sowie durchgängige Öffnung im Sommer.
- Kostenloser Eintritt, mindestens aber ein 1 Euro-Sozialtarif für die Essener Bäder.
- Mehr und dauerhaft eingestellte Bademeister*innen.

19. Solidarische Stadtplanung: Für eine lebenswerte Stadt für alle!

Zum vorliegenden Kapitel existiert ab Seite 53 eine alternative Fassung, bitte bachten.

Seit 2012 ist die Zahl der Einwohner/innen der Stadt Essen wieder gestiegen. Ende 2019 lebten über 591.000 Menschen in der Stadt im Herzen des Ruhrgebiets. Essen gehört mit einem Grünflächenanteil von 50 % zwar zu den grünsten Großstädten Deutschlands. Gleichzeitig ist sie mit 2.810 Einwohner/innen pro Quadratkilometer Fläche jedoch auch eine der dichtest besiedelten Städte mit vergleichsweise eher altem Wohnungsbestand. Schon diese wenigen Zahlen und Fakten verdeutlichen wesentliche Aufgaben, vor denen die Stadtentwicklung in Essen steht: Essen braucht Wohnraum, vor allem im preiswerten Bereich, die Stadt braucht aber auch Freiflächen und öffentliche Freiräume – und damit sind nicht zubetonierte Plätze gemeint, sondern Grünflächen, Wasser, aber auch Plätze, auf denen man sich ohne Konsumzwang treffen, aufhalten oder auch kreativ betätigen kann.

Die Stadtentwicklungspolitik in Essen war in den letzten Jahren im Wesentlichen durch die Verwaltung des Bestehenden gekennzeichnet. Bei neuen Bauprojekten ging es oft nach den Wünschen finanzkräftiger Investoren, wie die aktuelle Auseinandersetzung um die Bebauung der Flächen rund um den alten Messeparkplatz am Girardethaus in Rüttenscheid durch die Hopf-Gruppe zeigt.

Die vor einigen Jahren eingeleitete Strategiediskussion „Essen 2030“, die DIE LINKE in ihrer konkreten Ausführung immer kritisiert hat, wurde klammheimlich beerdigt. Es gibt zwar große Entwicklungsprojekte wie „Essen 51“ im früheren Krupp-Gürtel oder die „Freiheit Emscher“, die alt- industriellen Flächen der ehemaligen Deutschen Kohlereserve in Essen und Bottrop. Ein Gesamtkonzept, wo die Stadt hinwill, gibt es jedoch nicht – mit Ausnahme der für die „Grüne Hauptstadt 2017“ entwickelten Konzeption für eine Verkehrs- und Klimawende. Konsequenterweise wurde die frühere Grundsatzabteilung Stadtentwicklung schon vor Jahren abgeschafft – für eine der zehn größten Städte Deutschlands ein Unding.

Die Entwicklung von neuen Flächen hat sich mehr als zehn Jahre lang zu sehr auf immer gleiche

Vorschläge zur Erschließung von Grün- oder sogar Landschaftsschutzflächen für Wohnen, Gewerbe und Industrie beschränkt, die im Forum „Wo wollen wir wohnen?“ 2019 zum überwiegenden Teil endgültig beerdigt wurden. Ein Siedlungskonzept für die Gesamtstadt, wie es in den 20er Jahren oder auch in den 80er Jahren entwickelt wurde, fehlt. Umso dringender ist die beschlossene Erarbeitung eines Landschaftsplans. Ein Gesamtkonzept kann dadurch jedoch nicht ersetzt werden.

Ein solches Konzept müsste auch eine Antwort auf eine der größten Herausforderungen in Essen beinhalten: Die völlig unterschiedliche soziale Entwicklung der Stadtteile. Essen gilt heute als eins der besten oder besser schlechtesten Beispiele für eine „soziale Entmischung“ der Stadt, die A 40 ist eine soziale Grenze, der „Sozialäquator“. Die Stadtteile nördlich der A 40 sind im Vergleich überwiegend arm und haben hohe Anteile von Erwerbslosen, Hartz-IV-Berechtigten und Migranten. Die meisten Stadtteile südlich der A 40 liegen statistisch weit darunter –Ausnahmen wie Steele-Horst bestätigen die Regel. Das Grundgesetz fordert bundesweit die Entwicklung gleichwertiger Lebensverhältnisse in allen Regionen. Dieser Grundsatz muss auch innerhalb einer Großstadt wie Essen gelten.

DIE LINKE. Essen sprich sich deutlich gegen jede Tendenz zur Ghettoisierung von arm und reich und für eine soziale Vielfalt in den Stadtteilen und Wohnbezirken aus. Stadtplanung muss auf diese Ziele hinwirken. Stadtentwicklungsprojekte wie „Soziale Stadt“ und „Stadtumbau West“ müssen unbedingt erhalten und weiterentwickelt werden, ebenso die EU-Fördermittel, die für Städte wie Essen wichtig sind. Stadtteile mit sozialen Problemen müssen mit Hilfe eines Quartiersmanagements in die Lage versetzt werden, soziale Netzwerke aufzubauen.

Schließlich stellt die Klimakatastrophe gerade Großstädte wie Essen, mitten im größten deutschen Ballungsraum, vor neue Herausforderungen. In den Ballungszentren hat sich das Klima schon in den letzten deutlich stärker erwärmt, als in ländlichen Regionen. Diese Entwicklung wird zunehmen, wenn die Klimakatastrophe nicht gestoppt wird. Stadtentwicklung muss darauf reagieren – mit der Ausrichtung auf den Erhalt von Grünflächen, die Umsetzung eines Flächenverbrauchs von „0“, die Begrünung von Dächern und Fassaden, die Ausrichtung auf das Ziel CO2-Neutraliltät, die Reduzierung von Feinstaub, NO2 und Lärm.

Dabei ist DIE LINKE dafür, das Ziel der Klimagerechtigkeit in den Vordergrund zu stellen. Es kann nicht sein, dass eine energetische Sanierung nur in teureren Wohnungen stattfindet und AlG II-Berechtigte in billigen, aber heiz- und damit kostenintensiven Wohnungen leben müssen.

Eine solche, auf die Verbesserung der Lebensbedingungen zielende Stadtentwicklungspolitik muss beteiligungsorientiert sein. Viele Konflikte um die Bebauung von Flächen in den letzten Jahren sind eskaliert, weil die Verwaltung sich stur auf die Beteiligungsregelungen des Baugesetzbuches zurückgezogen hat. DIE LINKE ist für eine konsensorientierte Planungspolitik, die sowohl die Entwicklungsziele der Stadt berücksichtigt als auch die Interessen der Anwohnerinnen und Anwohner, die frühzeitig in Planungen einbezogen werden müssen. Bürgerversammlungen, Planungsworkshops und -zellen führen in der Praxis oft dazu, dass nicht nur Widerspruch aus der Bevölkerung geklärt wird, sondern auch die Projekte selbst besser werden.

DIE LINKE Essen ist für eine Stadtentwicklungspolitik, die gleichwertige Lebensbedingungen schafft und sozial durchmischte Wohngebiete erhält und wieder herstellt. DIE LINKE. Essen ist für mehr Bürgerbeteiligung bei der Erarbeitung von Flächennutzungs- und Bebauungsplänen, über die gesetzlichen Vorgaben hinaus. Da es insbesondere gegen größere Neubauprojekte oft Widerstand bis hin zu langwierigen Klageverfahren gibt, sowohl im Außen- wie im Innenbereich, muss die Bevölkerung stärker mitreden können werden – auch die Anlieger/innen. Beschleunigte Bebauungsplan-Verfahren ohne Bürgerversammlung und ohne Umweltverträglichkeitsprüfung, lehnt DIE LINKE ab.
Wir wollen die Versiegelung von zusätzlichen Flächen stoppen, sind für das Ziel eines Nullflächenverbrauchs und wollen bei der notwendigen Entwicklung von Flächen für Wohnraum, Gewerbe und Industrie Vorrang für die Innen- vor der Außenentwicklung (§ 35 Baugesetzbuch). Dafür braucht die Stadt Essen ein Baulücken- und Leerstandskataster, das laufend weitergeführt wird.

Für Erweiterungen oder Ansiedlungen von Gewerbe und Industrie sind entsprechend vorrangig gewerbliche und industrielle Brachflächen zu nutzen. Frühere Besitzer bzw. Nutzer müssen konsequent zur Altlastenbeseitigung herangezogen werden, gleichzeitig müssen die Landesmittel hierfür aufgestockt werden.

Innenentwicklung hat für DIE LINKE. Essen Vorrang vor Außenentwicklung. Um den Wohnungsbedarf zu befriedigen, müssen unter Beachtung des lokalen Freiraumbedarfs und stadtklimatischer Anforderungen vor allem Nachverdichtungsmöglichkeiten gefunden werden. Wo möglich und vertretbar sind Gebäude aufzustocken, Dachgeschosse auszubauen und leerstehende gewerbliche Gebäude zu Wohngebäuden umzunutzen; zudem sind Baulücken zu schließen und Industrie- und Gewerbebrachen sowie Konversionsflächen zu bebauen.

DIE LINKE. Essen ist dafür, neue Bauvorhaben vorrangig im Geschoßwohnungsbau voranzutreiben. Einfamilienhäuser sind unökologische Flächenfresser, die die Stadt sich – wie viele andere Großstädte – immer weniger „leisten“ kann. Wir wollen Quartiere, in denen die Menschen mit und ohne Behinderung gut leben und arbeiten können. Wir sind für eine nachhaltige, ökologische und inklusive Stadtentwicklung. Projekte für Mehrgenerationenwohnen und für ältere Menschen, die ein möglichst langes selbstbestimmtes, eigenständiges Leben ermöglichen, müssen in Essen stärker gefördert werden. Beratung und Hilfestellung der Stadt für solche Projekte müssen verbessert werden. Wohnung, Arbeit, Nahversorgung, soziale Infrastruktur und Kultur sollten nicht künstlich getrennt werden, wie im Konzept der „autogerechten Stadt“. DIE LINKE. Essen ist dafür, dass bei der Planung neuer Wohngebiete die soziale Infrastruktur wie Kindertagesstätten, Schulen, Einkaufsmöglichkeiten, die Anbindung an den Öffentlichen Nahverkehr gleich mitentwickelt werden. Auf der anderen Seite lehnt DIE LINKE Einkaufszentren auf der „grünen Wiese“ oder in Gewerbegebieten ab.

Essen wird bunter und vielfältiger, das zeigt der hohe Anteil der Zuwanderung in den letzten Jahren, der Anteil der Menschen mit ohne deutsche oder mit Doppelter Staatsangehörigkeit ist auf 27 % gewachsen. Dem muss auch in der Stadtplanung Rechnung getragen werden, sei es bei der Entwicklung von Kindertagesstätten, Alteneinrichtungen oder auch Friedhöfen.
Die Wiederbelegung der Innenstadt kann nur durch eine stärkere Förderung des Wohnens in der Innenstadt gelingen – auch wenn Einzelhandel und Büros mehr Rendite bringen. Beim

Einzelhandel in der Innenstadt sollte vor allem die Vielfalt kleinerer Besitzer gefördert werden. Das Einkaufszentrum Limbecker Platz hat Kaufkraft zu sehr zentralisiert.

Gerade in der Innenstadt braucht die Stadt die Entwicklung und Aufwertung von Grünflächen, um Ruhezonen anzubieten und die Erwärmung einzuschränken. So lässt sich Lebensqualität auch in hochgradig versiegelten Gebieten stärken!

Essen ist die einzige der zehn größten deutschen Städte, die keine Quote für geförderten, sozialen Wohnungsbau bei Neubauprojekten hat. DIE LINKE ist für eine Quote von mindestens 30 %, die auch durch den Bau von Kindertagesstätten oder ähnlichem nicht reduziert werden darf. Denn es kann nicht angehen, dass geförderte Wohnungen vor allem von der städtischen Wohnungsbaugesellschaft Allbau
gebaut werden, während private Investoren Hochrenditeobjekte bauen.

Die Stadt Essen hat nur noch vergleichsweise wenige Flächen im kommunalen Eigentum. Der Ausverkauf städtischer Flächen muss gestoppt werden. Die Stadt braucht ein Konzept, städtische Flächen in Zukunft auf Erbpachtbasis zu vergeben, statt sie zu verkaufen – denn ein Verkauf ist endgültig und nimmt der Stadt Möglichkeiten der Einflussnahme auf spätere Entwicklungen.

Eine Stadt ohne sichtbare Geschichte ist eine Stadt ohne Gesicht. Deshalb ist DIE LINKE für einen besseren Umgang mit Denkmalschutz. Zu oft wurden in Essen in der Vergangenheit Gebäude abgerissen, statt die Denkmalfähigkeit zu prüfen. Um das Stadtbild zu erhalten und kontrolliert zu entwickeln, sollte die Stadt stärker mit Gestaltungssatzungen arbeiten. DIE LINKE ist für die Entwicklung guter Architektur und die Einrichtung eines Gestaltungsbeirates mit externen Sachverständigen, der wichtige, größere Bauprojekte begleitet. Die Stadt Essen braucht für die Gesamtstadt eine Strategie zur Förderung von Dach- und Fassadenbegrünungen. Mögliche Förderprogramme sollen hierzu stärker beworben werden. DIE LINKE ist ebenfalls für eine Ausweitung der Strategie zur Förderung dezentraler Energieversorgung durch Solaranlagen, Wärmepumpen und für die Ausweitung der Fernwärmeversorgung. Die gute Datenlage der Geodatenverwaltung von Stadt und RVR soll dazu stärker genutzt werden.

Für lebendige Stadtteile

DIE LINKE ist für lebendige Stadtteile. Sie müssen attraktiven Wohnraum bieten, die Gewerbemieten

in den Stadtteilzentren müssen bezahlbar bleiben. Tatsächlich bestimmen Billigketten und Leerstand das Bild etlicher Stadtteilzentren in Essen. Die Stadt verwaltet diesen Missstand meist nur, anstatt dagegen anzugehen. Dabei ist der Masterplan Einzelhandel ein gutes Beispiel, dafür, wie es auch anders gehen kann und z.B. Discounter auf der grünen Wiese verhindert werden können. Zum Erhalt und zur Entwicklung der Stadtteilzentren reicht er jedoch oft nicht aus. Entwicklungskonzepte und ein gezieltes Quartiersmanagement können Abhilfe schaffen.

Projekte wie das Bund-Länder-Projekt Soziale Stadt, das in Stadtteilen wie Katernberg, Altendorf oder Altenessen-Süd positive Entwicklungen und die Vernetzung der Stadtteile

gefördert haben, müssen weitergeführt werden. Jeder Stadtteil Essens benötigt ein Stadtteilzentrum als zentralen Anlaufpunkt und Begegnungsstätte für die Bürgerinnen und Bürger. Hier können Bürgerversammlungen, Planungswerkstätten und andere Veranstaltungen stattfinden, sie können verbunden werden mit Stadtteilbibliotheken, Bürgerämtern und Beratungsstellen. Stadtteilzentren in kommunaler Trägerschaft sind ein Baustein einer lebendigen kommunalen Demokratie.

DIE LINKE ist für die Stärkung der Rechte und finanziellen Situation der Bezirksvertretungen und die Ausweitung ihrer Kompetenzen. Sie können die Verhältnisse vor Ort, in den Stadtteilen oft am besten einschätzen und brauchen Handlungsspielräume, vor allem durch einen auskömmlichen Bezirkshaushalt.

20. Suchthilfe: Hilfe & offener Umgang mit Drogen und Sucht

Wir als DIE LINKE Essen wollen eine Drogenpolitik, die Gesundheits- und Jugendschutz in den Mittelpunkt stellt. Wer süchtig ist, braucht Hilfe und keine Strafverfolgung. In der Suchtpräventionspolitik wissen wir, dass es neue Herausforderungen gibt, denn „Drogen“ sind nicht die einzigen Suchtmittel: Medikamente, aber auch Glücks- und elektronische Spiele können ebenfalls Suchtverhalten hervorrufen. Darum bedarf es ressortübergreifender Selbsthilfestrukturen, die verstärkt von allen Essener*innen genutzt werden können.

Wir wollen auch die Drogenprävention an Schulen und in öffentlichen Einrichtungen stärken, um möglichst vielen Menschen Hilfe anbieten zu können. Dabei setzen wir auf bestehende Strukturen wie die Suchthilfe. Es muss um jeden Preis vermieden werden, dass Menschen, die Hilfe benötigen, mit ihren Problemen alleine ins Private gedrängt werden. Stattdessen muss es eine Selbstverständlichkeit und keine Schande sein, sich bei einer Sucht Hilfe zu suchen.

Wir werden uns dafür einsetzen, in Essen eine kontrollierte Abgabe von Cannabis auf den Weg zu bringen. Denn die Kriminalisierung von Cannabiskonsument*innen schadet mehr als sie nützt: durch eine Legalisierung von Cannabis würden der Polizei- und Justizapparat massiv entlastet und der Schwarzmarkt trocken gelegt. Daher setzen wir uns auch auf Landes- und Bundesebene dafür ein, die kontrollierte Freigabe von Cannabis an Erwachsene gesetzlich zu ermöglichen. Es gibt viele verschiedene Modelle für einen geregelten Umgang mit Cannabis. Welches dieser Modelle – ob als bekanntestes das niederländische Coffeeshop-Modell, die Abgabe von Hanf durch z.B. Apotheken oder das Modell der „Cannabis Social Clubs“ – das für Essen geeignetste ist, wird die Praxis im Rahmen eines Modellprojekts zeigen.

Der Ausbau von Suchthilfeprogrammen muss für die Stadt eine Herzensangelegenheit sein. Nicht Verdrängung aus dem öffentlichen Raum darf das Ziel sein, sondern die andauernde und kontinuierliche Hilfe. Denn am Ende des Tages kann es jeden von uns treffen.

Was tun?

- Ein wissenschaftliches Modellprojekt für eine kontrollierte Abgabe von Cannabis in Essen auf den Weg bringen.

- Öffentlich geförderte Suchtberatung in Essen finanziell besser absichern und niedrigschwellige präventive Beratung und Aufklärung sowie die Hilfe bei problematischem Konsum stärken.
- Stadtweites Werbeverbot auf allen öffentlichen oder von der Stadt verwalteten bzw. ihr zuzurechnenden Flächen durchsetzen. Egal ob Tabak, Alkohol oder andere Drogen.
- Einrichtung und den Betrieb weiterer Drogenkonsumräume.
- Aktionswoche gegen Alkohol in Zusammenarbeit von Stadt und Suchthilfe ausbauen.
- Erhöhung der Automaten-Steuer für Glücksspielautomaten und Verschärfung der Mindestabstandsregelung zur Minimierung des Angebots.
- Stärkung der Suchthilfe auf den Straßen.
- Schaffung von neuen Streetworker Stellen in der Suchthilfe

21. Mobilität und Verkehr: Dem Umweltverbund gehört die Zukunft!

Essen ist vom Auto dominiert. Die Zahl der in Essen zugelassenen und auf den Straßen stehenden und fahrenden PKW steigt seit Jahren und das bei voranschreitender Klimakrise. Das ist der offensichtlichste Ausdruck einer falschen Verkehrspolitik auf kommunaler Ebene. Während in anderen Städten in Deutschland, Europa und der ganzen Welt der Anteil der mit dem PKW zurückgelegten Wege und Strecken zurückgeht, verharrt er in Essen auf sehr hohem Niveau.

Essener*innen, die Bus und Bahn nutzen, erfahren dort meist schlechte Taktungen, insbesondere in den Abendstunden und am frühen Morgen, regelmäßige Verspätungen und krass überteuerte Ticketpreise. Damit zwingt die jetzige Verkehrspolitik die Essener zum Autofahren und benachteiligt jene Essener*innen, die auf den öffentlichen Nahverkehr angewiesen sind, in ihrer gesellschaftlichen Teilhabe – mit fatalen Konsequenzen: Abgas und Feinstaub machen die Bürger krank (auch wenn sich die Werte zuletzt leicht verbessert haben). Für neue Parkplätze werden oft Grünanlagen zuasphaltiert.

Die von der Stadt behauptete Absicht, an der Verkehrswende zu arbeiten, erweist sich angesichts einer weiterhin auf den motorisierten Individualverkehr setzenden Politik als unglaubwürdig. Seit Jahren ändert sich nichts an den miserablen Bedingungen des öffentlichen Personenverkehrs und auch nichts an den katastrophalen Bedingungen für Rad- und Fußverkehre. Der öffentliche Raum ist nach wie vor ein Gefangener von PKW und LKW. DIE LINKE.Essen will das ändern.

Es ist Ausdruck sozialer und ökonomischer Fairness (und nicht nur ein Gebot der ökologischen Vernunft), wenn Busse und Bahnen für alle verfügbar und erschwinglich sind, wenn Rad- und Fußverkehre konsequent gefördert werden und wenn PKW und LKW angemessen an den von ihnen verursachten Kosten beteiligt werden. Die Sorge vor flächendeckenden Fahrverboten ist vorerst vom Tisch, aber das bedeutet überhaupt nicht, dass irgendein Problem gelöst wäre. Die ökologischen Schäden durch den fortgesetzten PKW- und LKW-Verkehr sind nach wie vor immens, die gesundheitlichen Schäden gerade für die sowieso am stärksten benachteiligten Menschen in der Stadt nicht hinnehmbar.

Die Kosten des motorisierten Verkehrs sind immens. Der größte Teil der von PKW und LKW verursachten Kosten werden nicht von den Verursacher*innen (z.B. über die KFZ-Steuer) bezahlt, sondern aus dem allgemeinen Steueraufkommen. Gerade auf kommunaler Ebene werden regelmäßig bis zu über 80% der Kosten des PKW-Verkehrs nicht von den Halter*innen und Fahrer*innen, sondern von allen Menschen in der Stadt bezahlt. Das muss sich ändern! Vor allem aber der LKW-Verkehr verursacht ganz erhebliche Kosten, die nirgends abgebildet sind. Über das besonders hohe Gewicht der LKW (auch der vielen kleinen LKW) entstehen vor allem Schäden an der Infrastruktur, die mit kommunalen Mitteln beseitigt werden müssen.

DIE LINKE.Essen tritt deshalb dafür ein, dass die Kosten von den Verursacher*innen getragen werden. Das bedeutet z.B., dass die öffentlichen Straßenräume bewirtschaftet werden müssen. Diejenigen, die in den Quartieren leben, sollen auch weiterhin die Möglichkeit haben, ihren PKW dort abzustellen - gegen eine angemessene Beteiligung an den Infrastruktur- und Instandhaltungskosten. Diejenigen, die dort nicht leben, sondern bisher ihren PKW kostenlos oder gegen ein geringes Entgelt abstellen, sollen dafür künftig flächendeckend kostenadäquat zahlen müssen. Damit soll ein Signal gesendet werden, dass Mobilität vernünftiger und fairer ist mit dem Umweltverbund (also mit Bussen und Bahnen, dem Rad oder zu Fuß). Fair ist das jedoch nur, wenn ebendieser Umweltverbund auf kommunaler Ebene höchste Priorität genießt und gerade für Menschen mit geringem oder keinem Einkommen bezahlbar ist.

In Essen geraten immer mehr die Liefer- und sonstigen Güterverkehre auf der Straße zu einem Problem. Immer mehr große und kleine LKW fahren durch die Stadt und gefährden Menschen, zerstören Natur und Infrastruktur. Auf den Kosten bleibt die Kommune sitzen. DIE LINKE.Essen tritt deshalb ein für eine Güterverkehrswende, also, stärker noch als beim Personenverkehr, für Verkehrsvermeidung und Verkehrsverlagerung. Wo immer möglich, sollen Güterverkehre vermieden werden, z.B. über intelligente Systeme, mit denen es gelingen kann, deutlich effizienter mit den verfügbaren Ressourcen umzugehen. Auch Abkürzungs- und Umgehungsverkehre sollen konsequent unterbunden werden, z.B. über eine kommunale LKW-Maut. Wo Güterverkehre sich nicht vermeiden lassen, sollen sie ökologisch so verträglich wie möglich stattfinden, also z.B. mit elektrisch betriebenen Fahrzeugen. Für die "letzte Meile" können und sollen Lastenräder benutzt werden. Selbst Lasten-Straßenbahnen könnten eingesetzt werden. Oft fahren Transporter ganz unterschiedlicher Paketdienstleister durch dieselben Straßen. Hier könnten Logistikunterverteilzentren vor den Toren der Stadt helfen, Geld zu sparen und Menschen, Natur und Infrastruktur zu entlasten.

Wir wollen ein Essen, in dem unsere Straßenbahnen und Busse nicht nur pünktlich und regelmäßig kommen, sondern auch zum Nulltarif benutzbar sind! Schritte dahin könnten ein 365 Euro-Ticket (im Jahr) oder eine Umlagefinanzierung des ÖPNV sein. Wir wollen ein Essen, in dem Bus und Bahn ausgebaut statt totgespart werden! DIE LINKE Essen tritt für eine echte Verkehrswende ein, eine Verkehrswende, die diesen Namen verdient. Wir wollen unsere Stadt zurückhaben, wir wollen attraktive Plätze, Räume und Straßen, die von allen gefahrlos genutzt werden können – vor allem von Fußgänger*innen und Radfahrer*innen, Menschen mit Handycap. Das bedeutet im Einzelnen:

Wir treten ein für einen substanziell verbesserten öffentlichen Nahverkehr, also für bessere Bus- und Bahnverbindungen auf kommunaler (und auch auf regionaler) Ebene. Die Ruhrbahn

hat die dafür erforderlichen Mittel zu erhalten. Wir fordern einen 5-Minuten-Takt auf allen zentralen Achsen - mindestens zu den Hauptverkehrszeiten. Wir fordern einen 10-MinutenTakt auf allen Linien – flächendeckend und während des ganzen Tages, also auch am frühen Morgen und dem späten Abend.

Um die öffentlichen Verkehre attraktiver zu machen, ist aber nicht nur ein deutlich dichterer Takt notwendig, sondern auch ein erheblicher Ausbau der Infrastruktur mit mehr Stadt- und Straßenbahnen, auch in den Randgebieten, mit neuen Linien, die auch die Stadtteile direkt miteinander verbinden. Auf lange Sicht sind für den öffentlichen Verkehr die Räume zu schaffen, die er braucht, um störungsfrei zu funktionieren. Straßen sind daher so zu gestalten, dass Stadt- und Straßenbahnen auf eigenen Gleiskörpern fahren und nicht mit PKW und LKW im Stau stehen. An Kreuzungen sind Ampelvorrangschaltungen konsequent zu installieren und zu nutzen, so dass die Ampel für die Straßenbahn auf grün schaltet, wenn sie sich der Kreuzung nähert. Für Busse sind Busspuren einzurichten, damit sie am Stau vorbeifahren können.

Konkret bedeutet das natürlich auch, dass neue Buslinien und Straßenbahnschienen entstehen müssen. Aber: Städte wie Zürich zeigen, dass mit intelligenter Taktung die Qualität des Nahverkehrs schon um ein Vielfaches erhöht werden kann. Dazu kommen Verkehrsmaßnahmen wie Busspuren oder verbesserte Ampelschaltungen. So wollen wir nicht nur dafür sorgen, dass Bus und Bahn zugänglicher werden, sondern auch, dass die ÖffiErfahrung weniger Verspätungs-Frust bedeutet und mehr positive Überraschung, wie schnell man von A nach B kommt – auch und gerade ohne Auto!

Zusätzlich zum ÖPNV ist eine Förderung des Fahrradverkehrs mehr als positiv für Umwelt sowie Stadtbild. Laut Umweltbundesamt könnten 30% des aktuellen Autoverkehrs durch das Rad ersetzt werden. Dafür sind allerdings sichere und umfangreiche Radwege notwendig sowie ein erweiterter Schutz der Radfahrer. Wir brauchen sehr viel mehr Radwege, die als Alltagswege geeignet sind, also nicht nur „schöne Freizeitwege“, sondern auch Arbeitswege. Diese Radwege sind maximal attraktiv zu gestalten, damit sie wirklich einladen, sich mit dem Fahrrad durch die Stadt zu bewegen.

Um dies zu ermöglichen, müssen die Pro-Kopf-Ausgaben für den Radverkehr deutlich über die lächerlichen 1,20 € hinausgehen, die zurzeit von der Stadt veranschlagt werden. Der ADFC fordert mindestens 30 € pro Kopf pro Jahr. Als Vorbild muss Utrecht mit über 130 € pro Kopf, wenn nicht Kopenhagen mit etwa 250 € pro Kopf jährlich gelten.

Vor allem aber brauchen wir attraktive Wege für Fußgänger*innen, die heute noch die am stärksten diskriminierte Gruppe im Verkehr sind. Zunächst müssen sämtliche Gehwege konsequent von Autos freigehalten werden. Autos, die auf Gehwegen widerrechtlich abgestellt werden, sollen sehr viel leichter entfernt werden können, als dies heute der Fall ist. Die neuen Möglichkeiten der Straßenverkehrsordnung sind konsequent anzuwenden. Aber auch die teilweise vorhandene Konkurrenz zwischen Fahrradfahrer*innen und Fußgänger*innen muss aus Gründen der Sicherheit aufgehoben werden. Ampelschaltungen sind an den schwächsten Verkehrsteilnehmer*innen zu orientieren, also an den Fußgänger*innen, speziell solchen mit Mobilitätseinschränkungen.

Mehr Versuche mit gemeinsam von allen Verkehrsteilnehmer*innen genutzten Flächen („Shared Space“), also die versuchsweise Einführung verkehrsberuhigter Zonen ohne Verkehrsschilder, die die gegenseitige Toleranz und Rücksichtnahme der Verkehrsteilnehmer fördern, sollten unternommen werden. Überall dort, wo die Straßenverkehrsordnung noch nicht klar genug ist und noch nicht entschieden genug die schwächsten Verkehrsteilnehmer*innen schützt und fördert, tritt die LINKE.Essen dafür ein, dass sich dies ändert.

E-Mobilität sollte zweitrangig sein, denn diese Technologie verbraucht viele seltene Erden und behebt Probleme wie Bodenversiegelung oder das hohe Verkehrsaufkommen nicht. EMobilität verschiebt den Ausstoß der Emissionen lediglich von Europa hin zu den Produktionsländern, löst also das Problem nicht. Die Lösung kann also nicht in der Förderung der E-Mobilität liegen, sondern in der Förderung von Bus, Bahn und Fahrradverkehr – die Straßenbahn ist schon seit über 100 Jahren elektrisch mobil!

Als langfristiges Ziel sind Busse und Bahnen von allen Menschen entgeltfrei zu nutzen ("zum Nulltarif"). In der Vergangenheit sind die Kosten für den ÖPNV überdurchschnittlich stark gestiegen – auch weil die kommunalen Kassen entlastet werden sollten. Das ist aber eine falsche Rechnung, weil sich so die Kosten für die Verkehrsinfrastruktur durch die Hintertür vervielfachen – eben weil damit ein Impuls zu noch mehr PKW-Verkehr gesetzt wird – zum Nachteil der Haushalte und der großen Mehrheit der hier lebenden Menschen.

Was tun?

- Verkehrswende durchsetzen! Mobilität ist eine Voraussetzung für Teilnahme am gesellschaftlichen Leben. Also den ÖPNV ausbauen, die viel zu hohen Fahrpreise schrittweise senken und auf mittlere Frist einen Nulltarif einführen, damit Busse und Bahnen für alle Menschen attraktiv sind.
- Im ersten Schritt für Kinder, Jugendliche, Leute mit Handycap, Senior*innen und Frührentner*innen den fahrscheinlosen Nahverkehr („Nulltarif“) einführen!
- Ausbau neuer Straßenbahnlinien; nach dem Bau der Ost-West-Tangente am Hauptbahnhof müssen das Quartier Essen51, das RWE-Stadion, das Entwicklungsgebiet Emscher Freiheit bis zum Stadtzentrum Bottrop und im Süden die Karstadt-Hauptverwaltung angebunden werden.
- 24-Std.-Betrieb bzw. Ausbau des Nachtexpresses zu einem Netz, das den Namen verdient und in einem ca. 20-minütigen Rhythmus fährt.
- Verdichtung der Taktzeiten, zumindest in den Hauptverkehrszeiten muss auf den Hauptlinien ein 5-Minuten-Takt gewährleistet sein.
- Bessere Arbeitsbedingungen und bessere Entlohnung für Busfahrerinnen und Busfahrer, da ein funktionierender ÖPNV nur mit ausreichend und auch zufriedenem Personal funktionieren kann.
- Ausbau der Fahrradwege mit einer Regelbreite 2,00 m (bei geringer Radverkehrsstärke 1,60 m)
- Schutz der Fahrradfahrer durch Abschirmen der Fahrradwege von den Straßen (z.B. durch Poller)
- Ausweitung und Verbindung der Fahrradtrassen; Ausweisung von weiteren Fahrradstraßen.

- Ausweisung von weiteren Fahrradstraßen. Insbesondere schnelle Umsetzung der Fahrradstraßenachse A als sichere Ost-West-Route (von Frohnhausen in das Südviertel)
- Massive Ausweitung der Abstellmöglichkeiten für Fahrräder (Fahrrad-Parkhäuser)
- Förderung der Anschaffung von Lastenrädern für Gewerbe, Vereine und Hausgemeinschaften, wie bereits in Köln geschehen.
- Ausweitung der Parkraumbewirtschaftung auf bisher nicht bewirtschaftete Flächen, gleichzeitig schrittweiser Rückbau von PKW-Stellplätzen im öffentlichen Raum, vor allem in der Innenstadt.
- Kostenadäquate Beteiligung der PKW und LKW an den Infrastrukturaufwendungen.
- Verwendung der Mehreinnahmen zum Ausbau des Umweltverbundes und der Schaffung von attraktiven Stadträumen!
- Gehwege konsequent von Autos freihalten und generell besserer Schutz für Fußgänger*innen!
- Längere Grünphasen an den Ampeln für Fußgänger*innen, Bordsteinabsenkung für Menschen mit Einschränkungen der Beweglichkeit.
- „Shared Space“ statt Vorrang für den Stärksten!

22. Wirtschaft: Menschen vor Profite

Die Abschaffung von Armut und Ausbeutung, die Rettung der Welt vor der Klimakatastrophe sind in der kapitalistischen Wirtschaftsordnung nicht möglich. Essen muss neue Wege gehen. Nicht Geld und Profit dürfen vorgeben, wie sich die Stadt entwickeln soll, sondern die Bedürfnisse der Menschen. Das Ruhrgebiet wurde schon immer benachteiligt, der Strukturwandel hat hier tausende von Arbeitsplätzen vernichtet.

Die Mehrheit der kommunalen Mandatsträger*innen hatte noch nie die Idee, diese Entwicklung zu verhindern. Entsprechend gab es keine wirkliche Maßnahme gegen die Verödung der Innenstädte von Dortmund über Essen bis Duisburg. Über Jahrzehnte hinweg predigte man gerade in Essen ein kleingeistiges und provinzielles „Weiter so“. Oder man verfiel dem Größenwahn mit dem „CentrO“ in Oberhausen und dem halbherzigen Essener Plagiat davon, dem „Limbecker Platz“ oder anderen „Leuchtturmprojekten“. Was war oder ist Essen nicht schon alles: „Einkaufsstadt“, „Kulturhauptstadt“, „Grüne Hauptstadt“, außerdem „Medienstadt“, „Medizinstadt“, „Karnevalshochburg“ oder „Sporthauptstadt“. Verirrungen wie die letztere führen dann zum dritten oder vierten Versuch, „Olympiastadt“ zu werden. DIE LINKE. Essen ist gegen eine Politik, welche die Stadt als Marke verkauft.
Die wesentlichen Ursachen dafür liegen in einer kapitaldominierten Wirtschafts- und Standortpolitik, die in vielen Kommunen und Regionen mit wachsender Massenarbeitslosigkeit verbunden war und ist. Nicht nur die Abwicklung des Bergbaus oder der Arbeitsplatzabbau in der Stahlindustrie, sondern auch die Schließung oder Teilschließung von Unternehmen wie Widia oder Opel in Bochum, die Pleite von Real oder groß dimensionierte Massenentlassungen in jüngster Zeit bei ThyssenKrupp und Siemens haben tiefe Spuren hinterlassen. Sie sind insbesondere damit verbunden, dass die sozialen Kosten bei uns in der Stadt verbleiben. Die Ausrichtung auf Markt, Wachstum und Wettbewerb hat zur Verödung ganzer Regionen beigetragen. Industrielle Altlasten prägen deshalb ganze Regionen.

Die Wirtschafts- und Finanzpolitik, die wir wollen, ist sozial, demokratisch und antikapitalistisch. Die Transformation der Gesellschaft kann in Essen tausende neue und gut bezahlte Jobs schaffen und das Leben von hunderttausenden Bürgern verbessern. Die Stadt Essen muss die Essener Arbeits-Beschäftigungsgesellschaft mbH (EABG) und andere Beschäftigungsträger zur Kofinanzierung des Teilhabechancengesetzes und weiterer Beschäftigungsprogramme für langzeitarbeitslose Menschen unterstützen.
Städtische Eigenbetriebe, öffentliche und genossenschaftliche Betriebe sollen dabei gefördert und dazu angeregt werden, klimaneutral und umweltfreundlich zu wirtschaften. Wirtschaftsförderung geht nur an solche Betriebe. Den Mitarbeiter*innen der städtischen Unternehmen ist ein massives Mitspracherecht bei der Gestaltung der Betriebe zu geben. Wir fordern, dass auch die Tochtergesellschaften keine sachgrundlosen Befristungen mehr vornehmen.

Konzerne denen, die in ihnen arbeiten!

Als DIE LINKE. Essen streben wir den Ausbau nach dem Mondragon/Preston Modell an. Die Schaffung von lokalen Genossenschaften, die miteinander kooperieren und so auch hochwertige Industrie- und Dienstleistungsjobs schaffen, muss im Fokus stehen. Die baskische Stadt Mondragon, die englische Stadt Preston sowie die amerikanische Stadt Cleveland haben so ihre post Industrielle Wirtschaft wieder aufblühen lassen. In diesen Genossenschaften ist der Durchschnittslohn deutlich über dem Standard, die Arbeiter*innen des Betriebs besitzen und bestimmen über die Art der Produktion, Investition und Entwicklung des Betriebs. Die Chefetagen verdienen maximal das Sechsfache der untersten Lohngruppe im Unternehmen. Geraten einzelne Teile der Gruppe in finanzielle Probleme, helfen die anderen Genossenschaftsteile aus. Damit können wir als Stadt und Gesellschaft konkret dabei helfen regionale, demokratische und ökologische Wirtschaftsstrukturen aufzubauen! Ob Solargenossenschaften, Metallverarbeitung oder Landwirtschaftsbetriebe!
Als LINKE stimmen wir seit Jahren als einzige Partei gegen verkaufsoffene Sonntage und stehen damit als Einzige an der Seite der Gewerkschaften, der Kirchen und der Beschäftigten. Der Sonntag ist für die vielen zehntausend Menschen in Essen, die im Einzelhandel arbeiten, der einzige garantierte freie Tag. Die Öffnung eines weiteren Tages bedeutet lediglich mehr Arbeitsstunden ohne Personalausgleich bei gleichbleibendem Umsatz. Auch das Argument, inhabergeführte Geschäfte würden dies benötigen, halten wir für eine falsche Behauptung: der Großteil der Geschäfte, die sonntags öffnen, gehören zu Großunternehmen oder sind Filialen von Ketten.

Was tun?

- Eine alternative und ökologische Ökonomie.
- Neue und gut bezahlte Jobs durch Transformation der Gesellschaft.
- Am Gemeinwohl orientierte öffentliche Betriebe.
- Priorisierung von Eigenbetrieben vor ausgegliederten GmbHs.
- Eine deutliche Ausweitung und Förderung von genossenschaftlichen Betrieben.
- Eine Entschuldung der Kommunen durch Übernahme der Altschulden und Kassenkredite, z.B. nach dem Vorbild Hessens und der Hessenkasse.
- Eine Gemeindewirtschaftssteuer.

- Rekommunalisierung aller dafür in Frage kommenden Betriebe.
- Flächendeckende Einführung von Tariflöhnen.
- 30 Stundenwoche im öffentlichen Dienst und dann überall.
- 13 Euro Mindestlohn im öffentlichen Dienst und den städtischen Tochtergesellschaften.
- Ausweitung wirtschaftlicher Betätigung kommunaler Betriebe.
- Weg mit den Altschulden!
- Keine verkaufsoffenen Sonntage – der Sonntag gehört Familien und Freund*innen.

23. Wohnen: Mit der Marktlogik brechen!

Auch in Essen steigen die Mieten seit Jahren stark an. Allein in den Jahren 2016 bis 2018 betrug die durchschnittliche Mietsteigerung im Bestand nach Zahlen der NRW-Bank 8,2% (nettokalt). Die Zahl der preisgünstigen Wohnungen geht laufend zurück und ist inzwischen so knapp, dass ein wachsender Teil der Essener Bevölkerung sich nicht mehr angemessen mit Wohnraum versorgen kann.

Zu dieser Entwicklung haben verschiedene Aspekte beigetragen. Zum einen sind es die von den verschiedenen Regierungen vorgenommenen Verkäufe ehemals öffentlicher Wohnungen. Die schon vorher stattgefundene Abschaffung der Wohnungsgemeinnützigkeit folgte den Verwertungsinteressen der großen Unternehmen. Gemeinsam mit dem Auftauchen großer renditegetriebener Unternehmen (sog. Hedge Fonds oder Private Equity Fonds) hat sich in den letzten ca. 20 Jahren die Finanzialisierung der Wohnungsmärkte durchgesetzt.

Wohnungen sind seither noch mehr als dies je zuvor der Fall nicht mehr als ein Mittel zur Gewinnerwirtschaftung. Allein Vonovia (das Unternehmen, das zuletzt aus der Fusion von Deutscher Annington und Gagfah hervorgegangen ist) verfügt über ca. 400.000 Wohnungen, viele davon in Nordrhein-Westfalen und auch etliche in Essen. Der größere Teil des Wohnungsbestands befand sich ursprünglich in öffentlichem Eigentum oder war Teil der gerade im Ruhrgebiet wichtigen unternehmensverbundenen Wohnungen der großen Traditionsunternehmen. Dies trug über Jahrzehnte zu einer einigermaßen stabilen Wohnraumversorgung bei irgendwie bezahlbaren Preisen bei.

Gerade eben erst hat Vonovia den aktuellen Geschäftsbericht vorgelegt und mit Stolz einen Milliardengewinn verkündet. Das mag die Aktionäre freuen, bestimmt nicht die Mieterinnen und Mieter. Dass sich Vonovia nicht schämt, einen Gewinn aus den Nebenkosten zu kommunizieren, zeigt, wie unverfroren Wohnungsunternehmen heute sein dürfen, ohne dass sie dafür zur Rechenschaft gezogen werden. Denn tatsächlich dürfen aus der Abrechnung der Nebenkosten keine Gewinne gemacht werden. Der Verdacht illegalen, also kriminellen Handelns auf Kosten der Mieterinnen und Mieter ist begründet.
Die Verantwortlichen in Politik und Verwaltung haben aber längst aufgegeben, eigene Akzente in der Wohnungspolitik zu setzen. Sie vertrauen vollständig auf den Markt, der schon in der Lage sei, bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Jüngst sei es ja auch ohne festgeschriebene „Sozialwohnungsquote“ gelungen, die Investoren davon zu überzeugen, bis zu 30% der neu geschaffenen Wohnungen mietpreisbegünstigt zu bauen.

Aber dem Markt ist die Formel „bezahlbarer Wohnraum“ gänzlich fremd, die einzige Kategorie, die er denken kann, lautet „rentierliche Projekte“. Wenn also irgendein privater Investor in Essen Wohnungen bauen lässt, dann ausschließlich weil er damit eine Rendite zu kassieren hofft, die seinen Geschäftsinteressen genügt. Viele der neu geschaffenen Wohnungen im Essener Süden sind sowieso Eigentumswohnungen, die für die weitaus größte Mehrheit der in Essen lebenden Menschen vollkommen unfinanzierbar sind – bei einem Quadratmeterpreis von inzwischen eher über als unter 4.000,- Euro kann das nicht wundern. Die wenigen neu gebauten Mietwohnungen sind aber genauso unerschwinglich, werden doch regelmäßig Nettokaltmieten von mehr als 10-12 Euro pro Quadratmeter aufgerufen.

Die neu gebauten Wohnungen werden marktlogisch errichtet und das bedeutet, dass sie nichts an der Wohnungsnot im preisgünstigen Segment ändern. Keine einzige in Rüttenscheid neu entstehende schafft Wohnraum für Menschen, die nicht mehr als vielleicht fünf oder sechs Euro pro Quadratmeter zahlen können.

Die Erzählung, dass in jede neu errichtete Wohnung jemand zieht, der eine günstigere Wohnung frei macht, in die dann jemand ziehen kann, der bisher womöglich noch günstiger gewohnt hat und so weiter (sog. Trickle-Down-Effekt), konnte bisher an der Wirklichkeit nicht gemessen werden. Und tatsächlich bleibt es rätselhaft, wieso unter den gegebenen Bedingungen es dazu kommen sollte. In Wirklichkeit ist jeder Umzug mit höheren Kosten verbunden, weil bei einem Mieterwechsel regelmäßig Mietanpassungen vorgenommen werden, also Mieterhöhungen, die in der Regel die „Zahlungsbereitschaft des Marktes“ abgreifen. Das ist eine kalte Formulierung für zum Teil drastische Mieterhöhungen.
Aus dieser Beschreibung würden marktgläubige Menschen ableiten, dass gerade deshalb noch mehr Wohnungen neu gebaut werden müssten, damit die Knappheit überwunden werden kann. Aber auch das ist ein Irrglaube, denn Knappheit ist die Voraussetzung für Markt. Jede Knappheit kann nur vorübergehend überwunden werden, der Markt stellt sie sogleich wieder her. Denn ein Gut, das nicht knapp, also frei verfügbar ist, hat keinen Preis.
DIE LINKE. Essen fordert daher einen Mietendeckel, der gerade bei Neuvermietungen effektiv wirkt. Die Mietpreisbremse allein hat sich bisher nicht bewährt, sie bleibt ein stumpfes Schwert.

Weil aber der Markt systematisch die Fehlentwicklung hervorbringt, die uns mit den bekannten Problemen der Wohnraumversorgung konfrontiert, gehen wir noch weiter. DIE LINKE. Essen tritt ein für eine kommunale Wohnungspolitik, nicht für eine kommunale Wohnungsmarktpolitik. Die Milliardenbeträge, die das Land zur Wohnraumförderung bereitstellt, gehen an die Wohnungsunternehmen, die sich für eine bestimmte Zeit (von z.B. zwei Jahrzehnten) verpflichten, eine so geförderte Wohnung zu einem festgelegten Mietpreis für Menschen mit einem Wohnberechtigungsschein anzubieten. In Essen, das der höchsten Regelstufe (M4) angehört, beträgt die sog. Bewilligungsmiete 6,20 Euro bzw. 7,00 Euro nettokalt je Quadratmeter. Selbst das ist für viele Menschen in Essen schon zu viel. Nach der Mietpreisbindung dürfen die Wohnungsunternehmen sowieso den normalen Marktpreis kassieren. Letztlich handelt es sich also um die Privatisierung von steuerfinanziertem öffentlichem Vermögen.

Es geht also nicht um die schlichte Losung, dass mehr Wohnungen gebaut werden müssen. Das nutzt nur den üblichen Profiteuren. Es geht um die Schaffung von günstigen Wohnungen jenseits des Marktes. Wir werden mit der Marktlogik brechen: Soziales Wohnen muss gegen private Verwertungsmechanismen durchgesetzt werden. Zur Zeit werden Wohnungen meist nicht fürs Wohnen, sondern für die Rendite gebaut. In einer sozialen Stadt wollen wir diesen Mechanismus umkehren: Welche Wohnungen werden zu welchen Preisen gebraucht? Soziale Wohnungsversorgung ist gemeinnützig und als Bestandteil der sozialen Daseinsvorsorge eine wichtige kommunale Aufgabe.

Deshalb tritt DIE LINKE. Essen vehement für die Stärkung einer Wohnungspolitik ein, die den Markt hinter sich lässt. Das kommunale Wohnungsunternehmen und die Genossenschaften sollen gestärkt werden, ihr nicht auf Rendite zielendes Konzept unterstützt werden. Zwar kann die Wohnungsgemeinnützigkeit auf kommunaler Ebene nicht wieder eingeführt werden, aber die Stadt soll ganz entschieden solche Akteure fördern, deren Interesse der Bereitstellung von gutem und bezahlbarem Wohnraum ist. Dazu zählen auch Baugruppen oder andere Formen selbst organisierten und selbst verwalteten Wohnens.

DIE LINKE. Essen steht der Auffassung kritisch gegenüber, dass wir neue Wohnungen in neuen Häusern brauchen, um die bestehende Knappheit zu überwinden. Neue Häuser werden in der Regel auf noch nicht bebauten Grundstücken errichtet. Das heißt, dass wir immer einen Konflikt zwischen dem Erhalt eines für die Nachbarn, vielleicht sogar für die Stadt insgesamt womöglich wertvollen Frei- oder Grünraums und den neuen Wohnungen haben. Dieser Konflikt ist ernst zu nehmen. Solange mit dem Bau neuer Gebäude Gewinn gemacht wird, der an die Unternehmen fließt, die hier aktiv sind, ist der Forderung nach mehr neuen Wohnungen grundsätzlich mit Skepsis zu begegnen.

Auch die einfache und weithin anerkannte Losung „innen vor außen“ ist in Wirklichkeit komplexer als sie vordergründig scheint. Gerade in den sowieso schon hochverdichteten Innengebieten ist jede weitere Nachverdichtung eine erhebliche Belastung für die Menschen und führt zu einer weiteren Verschärfung der Auswirkungen des Klimawandels im Mikroklima. Die Außenbezirke dagegen sind noch immer von einer sehr geringen Baudichte und einer hohen Durchgrünung geprägt. Hier behutsam nachzuverdichten ist baurechtlich ebenso möglich und sollte favorisiert werden. Dabei geht es nicht um Außenbereiche im Sinne des Baugesetzbuches, sondern um Flächen im allgemeinen Siedlungsbereich.

Jede neue Wohnung muss im Sinne der integrierten Stadtentwicklungspolitik einhergehen mit einem Verkehrs- und Infrastrukturkonzept, um die entstehenden Belastungen so gering wie möglich zu halten. Wie in Wien soll es Stadterweiterungen nur noch geben, wenn der Anschluss an das Netz der öffentlichen Verkehrsmittel gewährleistet ist, sonst trägt jede neue Wohnung zu einer weiteren Erhöhung des PKW-Bestands und einer Verschlechterung des Modalmixes bei.

Um auf gegebenem Boden, der sich nicht vermehren lässt, möglichst hohe Wohn- und Nutzungsqualitäten zu erzielen, ist immer darüber nachzudenken, wie sich dies herstellen lässt. Investoren tun das nicht, sie fragen allein danach, wie sie auf gegebenem Boden ihren Gewinn maximieren können. DIE LINKE. Essen tritt aber entschieden für einen

Paradigmenwechsel ein: Wohnen für alle! Noch mehr: Schönes und gesundes Wohnen für alle!

DIE LINKE. Essen tritt ein für eine kommunale Wohnungspolitik, die eingebunden ist in eine regionale Bauland- und Siedlungspolitik. In Zusammenarbeit mit den Nachbarkommunen und dem RVR ist an der Schaffung bzw. Weiterentwicklung entsprechender Pläne und Maßnahmen zu arbeiten.

Was tun?

- Neuen Wohnraum schaffen, dabei öffentlichen und genossenschaftlichen Wohnraum vorziehen.
- Selbstorganisiertes Wohnen und alternative Wohnprojekte fördern.
- Anpassung der „Kosten der Unterkunft“ auf das Niveau sog. sozialen Wohnungsbaus.
- Überführung des Allbau in ein strikt den Mieter*innen-Interessen verpflichtetes Unternehmen. Der im Unternehmen erwirtschaftete Überschuss, der immer begründungspflichtig bleibt, muss im Unternehmen bleiben, um preisgünstigen Wohnraum zu schaffen.
- Deckelung der Mieten, Unterstützung der Schaffung eines Mietendeckels auf Landesebene.
- Beschlagnahmung und Enteignung von spekulativ leerstehenden Wohnungen.
- Schaffung eines Leerstands- und Baulückenkatasters als Voraussetzung einer verträglichen Innenverdichtung.
- Einführung von Milieuschutz-, Erhaltungs- und Gestaltungssatzungen.
- Kein Verkauf von öffentlichen Grundstücken an Private; Überlassung nur noch in Erbpacht.
- Einführung einer Sozialwohnungs-Mindestquote von 50% bei Neubauten.
- Schaffung und Entwicklung einer regionalen Bauland- und Siedlungspolitik.
- Strikte Einhaltung der Regeln integrierter Stadtentwicklungsplanung.

24. Finanzen

Essen ist mit rund 2 Mrd. Euro Kassenkrediten dramatisch hoch überschuldet. Das liegt vor allem an der hohen Arbeitslosigkeit und der strukturellen Unterfinanzierung durch Land und Bund. Bund und Land haben immer mehr Aufgaben an die Stadt Essen übertragen, ohne diese ausreichend zu finanzieren. Auch die steigenden Ausgaben im Sozialbereich werden nicht ausreichend gegenfinanziert. So beteiligt sich der Bund nur mit 49 Prozent an den Kosten der Unterkunft und das Land weigert sich die volle Pauschale des Bundes für die Unterbringung von Geflüchteten an die Kommunen weiterzureichen. Das sind nur zwei Beispiele unter vielen.

DIE LINKE. Essen fordert deshalb einen Altschuldenfonds. Gemeint ist ein gemeinsamer Finanztopf von Bund, Land und Kommunen. Die Rahmenbedingungen sind jetzt günstig, weil die Zinsen noch niedrig sind. Zwar hat Bundesfinanzminister Olaf Scholz angekündigt, dass der Bund bereit wäre, die Hälfte aller kommunalen Kredite zu übernehmen. Aus NRW-Sicht fehlt aber nicht nur ein Konzept dazu, sondern auch belastbare und konkrete Aussagen, wie und mit welchen Mitteln sich das Land einbringen will. Ein starkes Signal aus NRW ist aber nötig, damit die Verhandlungen auf Bundesebene zum Erfolg führen und ein nationaler Konsens für

eine Altschuldenlösung gelingt. Wir fordern die Landesregierung auf, dieses Konzept endlich vorzulegen.

Nur durch eine Entschuldung wäre Essen wieder in der Lage, Haushaltsüberschüsse für notwendige Investitionen und Sozialleistungen zu nutzen statt sie im Haushaltsloch zu versenken. Ein weiterer Grund für die hohe Überschuldung sind die niedrigen Steuereinnahmen. Die Steuerquote beträgt in Essen nur 30%, im Bundesdurchschnitt sind es 35-40 %. Der Grundsteuerhebesatz B, der arm und reich gleichermaßen trifft (jedenfalls solange die Grundsteuer noch über die Nebenkosten auf die Mieter*innen umgelegt werden darf, was wir abschaffen wollen), ist mit 670 Punkten sehr hoch angesetzt. Im Vergleich dazu werden die leistungsfähigen Gewerbetreibenden – und vor allem die großen Konzerne – beim Gewerbesteuerhebesatz von 480 Punkten geschont.

Deshalb ist DIE LINKE. Essen für eine Anhebung des Gewerbesteuerhebesatzes. Denn die Wirtschaftsunternehmen profitieren von der Infrastruktur. Diese ist für die Unternehmen bei ihren Standortentscheidungen wichtiger als die Höhe der Gewerbesteuer. Sie interessiert z.B., ob sie für ihre Beschäftigten ein attraktives Umfeld vorfinden. Selbst wenn es zu einer Entschuldung der Stadt Essen kommt: Solange das Konnexitätsprinzip (Wer die Musik bestellt, bezahlt!) nicht konsequent umgesetzt wird, ist es nur eine Frage der Zeit, bis die Verschuldungsfalle wieder zuschlägt. Bund und Land müssen die erforderlichen Finanzmittel zur Verfügung stellen, sobald sie Aufgaben an die Stadt übertragen. Wir fordern insbesondere u.a. die volle Übernahme der Kosten der Unterkunft.

Gegen die systematische Unterfinanzierung unserer Städte und Gemeinden hilft Steuergerechtigkeit. DIE LINKE hat ein detailliertes Steuerkonzept vorgelegt, das arme Haushalte sowie die Mittelschicht entlastet und das Geld von den extrem Reichen holt. Durch die Einführung einer Millionärssteuer, die Reform der Erbschaftssteuer, eine gerechte Unternehmensbesteuerung und einen entschlossenen Kampf gegen Steuerdiebstahl können bundesweit bis zu 180 Milliarden Euro mehr eingenommen werden. Teil unseres Steuerkonzeptes ist die Weiterentwicklung der Gewerbesteuer zu einer Gemeindewirtschaftssteuer. Alle privatwirtschaftlichen Einkünfte in einer Kommune würden erfasst und direkt besteuert werden – mit einem angemessenen Freibetrag für kleine Unternehmen. Diese Steuer brächte den Kommunen 25 Milliarden Euro im Jahr ein. Wir fordern, dass die Stadt Essen eine Kulturförderabgabe in Höhe von fünf Prozent auf die privaten Übernachtungskosten in Hotels, Pensionen sowie privaten Übernachtungsmöglichkeiten wie airbnb und Ferienwohnungen einführt. Diese Abgabe wird von privaten Übernachtungsgästen entrichtet. Die erwarteten Mehreinnahmen von rund 1,2 Mio. Euro sollen für die Förderung der freien Kulturszene eingesetzt werden.

Abschluss

Wir leben in einem Land, in dem viele Menschen arm sind. Die Schlangen an den Tafeln werden nicht nur am Monatsende immer länger. Mehr und mehr Kinder kommen ohne Frühstück in die Schule. Klassenfahrten sind oft eine finanzielle Herausforderung. Das solidarische Gewebe der Gesellschaft ist dünn geworden. Wir leben in einem Land, in dem viele Menschen reich sind: Rund eine Million sind Millionäre. Aber eine Vermögenssteuer wird

nicht erhoben. DIE LINKE. Essen will eine Zukunft, für die es sich zu kämpfen lohnt: Wir wollen eine Stadt, in der alle ihren gerechten Anteil an der Gesellschaft haben. In der das Leben für die Menschen wieder planbar ist. Wir wollen, dass alle Menschen frei von Armut sind und keine Angst vor sozialem Absturz haben müssen. Wir wollen, dass Menschen mit niedrigen und mittleren Einkommen besser gestellt werden.

Wir wollen eine Stadt, in der Reichtum das ist, was allen gehört: öffentliche Bildung, Gesundheit, saubere Umwelt, Kultur. In der wohnen für alle bezahlbar ist. In der Natur und Klima geschützt und unsere Ressourcen nicht verschwendet werden. Wir wollen eine Stadt, in der alle Menschen gleichberechtigt zusammenleben und an den demokratischen Entscheidungen beteiligt sind – unabhängig von ihren individuellen Fähigkeiten, ihrer körperlichen Verfassung, ihrer Herkunft und sozialen Stellung, ihres Geschlechts, Alters oder ihrer sexuellen Orientierung. Eine inklusive Gesellschaft, in der niemand ausgegrenzt wird. Dafür treten wir an. Gegen den Hass, die Abschottung und die Vorurteile der Rechten. Für Klimagerechtigkeit und gegen Klimawandelleugner. Gegen Aufrüstung und Auslandseinsätze der Bundeswehr. Für soziale Gerechtigkeit und Frieden und einen Aufbruch der Demokratie. Wir nennen die Namen derjenigen, die von prekärer Arbeit, Armutslöhnen, steigenden Mieten und Pflegenotstand in den Krankenhäusern profitieren. Wir wollen die Superreichen entmachten und Reichtum umverteilen. Wir sagen den herrschenden Verhältnissen, die für die ungerechte Verteilung von Reichtum, Vermögen und Macht sorgen, den Kampf an. Wir stehen auf gegen Rassismus und rechte Hetze. Für eine soziale Offensive für alle und eine solidarische Einwanderungsgesellschaft. Wir hören zu. Wir wollen wissen, was sonst niemand hören will. Wir wirken in den Parlamenten und streiten im Alltag für bessere Arbeits- und Lebensbedingungen. Wir stehen für eine Revolution der Gerechtigkeit, die Armut beseitigt, gute Renten, gute Bildung, Gesundheitsversorgung, Pflege und bezahlbares Wohnen für alle schafft.

DIE LINKE Essen wird sich an keiner Koalition beteiligen, die für ein „Weiter so“ steht. Wir wollen klare Veränderungen. Eine Koalition, die Sozialabbau, Stellenstreichungen, Privatisierungen, Zerstörung des Klimas betreibt oder Menschen abschiebt, ist mit der LINKEN auf keinen Fall zu machen. Deshalb werden wir uns z.B. an einer Politik, die weiter auf die so genannte Schuldenbremse setzt oder Geflüchtete abschiebt, keinesfalls beteiligen. Eine mögliche Koalitionsvereinbarung werden wir unseren Mitgliedern zur Entscheidung vorlegen.

Eine andere Politik wird nicht allein im Parlament erreicht werden, sie braucht Druck. Druck aus der Gesellschaft, aus Gewerkschaften und sozialen Bewegungen, aus Sozialverbänden. Druck von unten und Druck von der Straße. DIE LINKE. Essen ist Teil und Verbündete, wenn es darum geht, diesen Druck aufzubauen. Und wir wollen ihn im Parlament in Veränderung übersetzen. Widerstand und Protest, die Gestaltung der Gesellschaft im Hier und Jetzt und die Vision einer über den Kapitalismus hinaus weisenden Alternative bilden für unsere Politik ein unauflösbares Dreieck.

Die Ratsmitglieder der LINKEN binden sich an einen Verhaltenskodex. Sie stehen für die hier vorgestellten Ziele und Projekte. Sie erklären,

- die Programmatik der Partei DIE LINKE und das vorliegende Wahlprogramm aktiv zu vertreten;

- dass sie keine Spenden oder Geschenke von Lobbygruppen oder Großunternehmen annehmen.
- Bürgerwille und Gemeinwohl gehen vor Einzelinteresse!
- dass sie Informationen und Wissen aus ihrer parlamentarischen Tätigkeit zum allgemeinen Interesse einsetzen.
- Wir sind keine Partei der Hinterzimmer. Informationsfreiheit statt Geheimniskrämerei
- mit Gewerkschaften, Verbänden & soziale Bewegungen zusammenarbeiten werden.
- Sie ziehen keine persönlichen Vorteile aus ihrer Rolle als Ratsmitglied.
- Ohne Dich geht es nicht. Gemeinsam können wir etwas erreichen: eine Zukunft, für die es sich zu kämpfen lohnt.

Alternative Kapitelvorschläge

4. Bildung und Ausbildung

Die LINKE. Essen sieht Bildung als Menschenrecht. Sie ermöglich die Teilhabe an der Gesellschaft und bietet Menschen die Möglichkeit ihr Leben selbstbestimmt und emanzipiert zu verwirklichen. Die Situation in Essener Schulen jedoch ist eine andere: Marode Schulen, herabstürzende Decken, übergroße Klassenräume, fehlende Ganztagsplätze, veraltete Ausstattung sind nur einige der Aspekte, die hier genannt werden können.
Insbesondere in einem wohlhabenden Land wie Deutschland ist es ein Skandal, wie wenig in Bildung investiert wird und in welchem Ausmaß gute Bildung nach wie vor vom Geldbeutel der Eltern abhängt. Daher haben wir folgende kurz- und mittelfristige Forderungen, wie man die Situation jetzt schon verbessern kann, sowie eine Vision für die Zukunft formuliert:

Was wollen wir?

- grundlegende Reform des Bildungssystems („Eine Schule für alle“)
- einen Schulsozialindex, um Ungleiches ungleich zu behandeln (gezielte Hilfe statt Gießkannenprinzip)
- interkommunale Zusammenarbeit in der Schulentwicklungsplanung für ein breitgefächertes schulisches Angebot

Was wir dafür brauchen ist ein Bildungssystem, das

- Schüler*innen demokratisch partizipieren lässt,
- in Personal, Schulbau und Materialien investiert,
- die Verschiedenheit sowohl der Schüler*innen als auch des Schulumfeldes berücksichtigt,
- auf Fort- und Weiterbildung des pädagogischen Fachpersonals setzt.

Was das bringt?

- eine qualitativ hochwertige Bildung aller Kinder und Jugendlichen
- gesellschaftliche Teilhabe
- Bekämpfung sozialer Ungleichheit

Was muss dafür getan werden?

- Neue Schulen müssen durch die öffentliche Hand errichtet werden.
- Bestehende Schulgebäude müssen orientiert an den Erkenntnissen fortschrittlicher Pädagogik umgestaltet werden.

- Kommunen müssen einen Materialfonds für Schüler*innen aus finanzschwachem Umfeld auflegen.
- Für Grundschulen muss ein hundertprozentiges Ganztagsplatzangebot konzipiert werden.

Als DIE LINKE. ESSEN erachten wir eine gebührenfreie und qualitativ hochwertige Bildung aller Kinder und Jugendlichen als eine Selbstverständlichkeit. Wir sind der Meinung, eine umfassende Bildung fördert nicht nur die persönliche Entwicklung der Kinder und Jugendlichen, sondern bildet zugleich die Basis für die gesellschaftliche Teilhabe und ist Teil des Kampfes gegen soziale Ungleichheit. Um eine gerechte Bildung zu garantieren, sind Investitionen in den Bereichen Schulbau, Personal sowie Materialien dringend notwendig. Auf kommunaler Ebene erschließen sich daher einige Handlungsschritte.

Schulbau bedarfsgerecht gestalten und finanzieren

Schulbau in den Kommunen scheitert in NRW oftmals an den Bedingungen „armer Städte“, die durch den Stärkungspakt Stadtfinanzen und den Zwang zum Personal- und Ausgabenabbau nicht die benötigten Kredite für Investitionen aufnehmen können.
Daher will DIE LINKE. ESSEN Möglichkeiten vor Ort prüfen, wie die benötigten Schulneubauten durch Zusammenarbeit mit rein öffentlichen Wohnungsbaugesellschaften sofort errichtet werden können und in einem Miet-Kauf-Modell dennoch in der Verfügungsgewalt und dem Eigentum der öffentlichen Hand bleiben. Neue Schulbauten sollten so geplant werden, dass sie nicht nur den gegenwärtigen Ansprüchen von Schulen genügen, sondern auch als Stadtteilzentren und Orte der Erwachsenenbildung genutzt werden können.
Wie sollten gute Schulgebäude aussehen? Kinder brauchen Sonne, Luft und Freiraum für Bewegung, Kommunikation und Gestaltung in der gesamten Schule. Sie brauchen multifunktionale Räume ausgestattet mit vielfältigen Materialien, so dass das Lernen an ihren Bedürfnissen ausgerichtet werden kann. Es muss Räume geben für kleinere und größere Lerngruppen, für Recherche, Forschung und Übung in Einzelarbeit, für die Arbeit an Projekten und Werkstücken sowie für Präsentationen auf einer Bühne für die ganze Schulgemeinschaft. Dazu kommen moderne und gut ausgestattete Sporthallen und zusätzliche Räume im Rahmen der Inklusion. Auch für die interkulturelle Öffnung sind weitere Begegnungs- und Beratungsräume nötig.

Was tun?

- Aktualisierung der Schulentwicklungspläne durch die Schulämter, damit diese steigenden Geburtenzahlen, Migration und modernen pädagogischen Konzepten gerecht werden
- stärkere Zusammenarbeit zwischen den Nachbarkommunen bei der Schulentwicklungsplanung
- Schulneubau sowie Neugestaltung und Ergänzung bestehender Schulgebäude orientiert an den Erkenntnissen fortschrittlicher Pädagogik und neuen Anforderungen durch Inklusion
- Naturräume als Lernorte in die Planungen von Schulneu- und -umbauten einbeziehen
- Errichtung neuer Schulgebäude durch die öffentliche Hand orientiert an den Erkenntnissen moderner Pädagogik und neuen Anforderungen durch Inklusion
- digitale Infrastruktur auf den modernsten Stand ausbauen

Armut als Bildungshemmnis

Armut beschämt, Armut grenzt aus, Armut macht krank. Alles, was man aus der Armutsforschung weiß, trifft auch auf Kinder und Jugendliche in den Schulen zu. Dass Armut der Schüler*innen ein Resultat der familiären Einkommensarmut ist und nur durch ausreichendes Familieneinkommen geändert werden kann, ist unstrittig. Dennoch kann auch vor Ort etwas getan werden. Um soziale Ungleichheit zu bekämpfen, fordert DIE LINKE. ESSEN eine Schule für ALLE als Ganztagsschule. Das gegliederte Schulsystem wollen wir abschaffen. Forscher*innen und Studien zeigen regelmäßig auf, wie schlecht dieses im internationalen Vergleich abschneidet.

Grundschule

Klassengrößen dürfen Kommunen nach der Schulgesetzänderung kommunal regeln. Dadurch entstehen in vielen Kommunen in dicht besiedelten Quartieren übervolle Klassen, wohingegen in lockerer Bebauung oftmals sehr kleine Klassen vorherrschen. Hier werden LINKE-Kommunalvertretungen auf die Verteilung der kommunalen Klassenzahlen achten und kleine Klassen insbesondere in Grundschulen mit vielen sozial und/oder bildungsbenachteiligten Kindern einrichten.

Der für 2025 angekündigte Rechtsanspruch auf einen Platz an einer Ganztagsgrundschule birgt für die Kommunen die Herausforderung, die Kapazitäten zügig auszubauen. Zwar sind 90 % der Grundschulen in NRW offene Ganztagsschulen, aber weniger als die Hälfte der Grundschüler*innen hat einen Ganztagsplatz. Damit jedes Kind zukünftig einen Ganztagsplatz bekommt und Wartelisten der Vergangenheit angehören, sind große Anstrengungen beim ohnehin problematischen Schulbau nötig: Es braucht vielerorts Investitionen in Räume für Mittagsverpflegung und erweiterte Räume für Ganztagsangebote. Das Bundesinvestitionsprogramm wird dafür nicht ausreichen.

DIE LINKE. ESSEN fordert auf kommunaler Ebene:

- sofortige Ausbauplanung für eine 100%-Versorgung im Grundschulganztag
- Ausbau der Ganztagsplätze besonders in benachteiligten Sozialräumen
- Suche nach neuen geeigneten Ausbaukonzepten bei Platzmangel

Die strukturelle Unterfinanzierung des offenen Ganztags im Primarbereich führt zu einer oft minderen Qualität der Angebote für die Schülerinnen und Schüler, zu Elternbeiträgen und zu prekären Arbeitsbedingungen für die Ganztagskräfte. Das ist bei offenen Ganztagsmodellen schwerlich zu verhindern, sodass DIE LINKE. ESSEN sich auf Landesebene für die flächendeckende Einführung gebührenfreier, gebundener Ganztagsangebote einsetzt.

Solange diese nicht realisiert sind, fordert DIE LINKE. ESSEN:

- die vollständige Finanzierung der Ganztagsgarantie nach dem Konnexitätsprinzip
- die auskömmliche Finanzierung des offenen Ganztags vom Land, auch für die Qualitätsverbesserung

Sekundarstufe I

Elternbefragung – kommunale Schulentwicklungsplanung

Immer wieder werden Eltern auf der Suche nach einem Gesamtschulplatz oder nach Ganztagsschulen abgewiesen. Daher setzen sich LINKE für Elternbefragungen ein, nach denen sich die kommunale Schulentwicklungsplanung laut Schulgesetz richten muss. Dieses Recht der Eltern auf Planung nach ihren Wünschen wird oftmals mit Füßen getreten. Damit könnte

auch endlich das Recht auf einen Gesamtschul-/Sekundarschul-/Ganztagsplatz umgesetzt werden.

Sekundarstufe II

Viele Gymnasien und Gesamtschulen haben in der Oberstufe zu wenige Schülerinnen und Schüler, um ein breit gefächertes Wahlangebot an Leistungskursen und Grundkursen aufrechtzuerhalten. Das führt zu einem eingeschränkten Bildungsangebot. Dem versuchen viele Schulen durch Kooperation zu begegnen, was mit zeitraubendem Ortswechsel für Lernende und enormem Aufwand für Lehrkräfte und Schulorganisation verbunden ist. Zudem ist die Kooperation zwischen unterschiedlichen Fächern für Projekte in mehreren Schulen kaum zu bewerkstelligen.

Daher setzt sich LINKE-Kommunalpolitik für Oberstufenzentren in der gymnasialen Oberstufe ein, die mehrere Oberstufen vor Ort zusammenfasst. Langfristig könnten diese Oberstufenzentren auch mit den Berufskollegs zusammenarbeiten, um weitere Qualitätssteigerungen und ein größeres Angebot zu erreichen.

Inklusion im Bildungsbereich

Inklusion muss von den Beteiligten aus gedacht, nicht nach Ressorts verwaltet werden.

Deshalb werden LINKE-Kommunalvertretungen eine integrierte Förderplanung einfordern, die die Unterstützung für die Betroffenen aus den verschiedenen Bereichen sicherstellt und die Organisation der verschiedenen Fördermaßnahmen nicht den Eltern aufbürdet.

Bisher gibt es noch in den Kommunen Gebäude der Förderschulen. Auch wenn zukünftig Inklusion die Absonderung nicht mehr vornimmt, sollen diese Räume doch erhalten bleiben, um Förderzentren für bestimmte Behinderungen zu ermöglichen, in denen die Förderung der Schülerinnen und Schüler, aber auch der Austausch und die Fortbildung des Personals stattfinden kann.

Daher wird LINKE Kommunalpolitik eine Raumplanung für Inklusion einfordern.

Auch wenn sich DIE LINKE. ESSEN mit allen Kräften für die Verwirklichung einer inklusiven Gesellschaft ausspricht, so werden LINKE-Kommunalvertretungen dennoch in den nächsten Jahren übergangsweise der Einrichtung von inklusiven Schwerpunktschulen zustimmen, um den Prozess der Inklusion nicht auf Kosten der Qualität zu betreiben und die baulichen und personellen Umsetzungen sinnvoll gewährleisten zu können.

Ausbildung: Berufskollegs – Ausbildungszentren

Trotz angeblichem Mangel an Bewerberinnen und Bewerbern suchen viele Jugendliche vergeblich einen Ausbildungsplatz. Vor Ort finden sie zudem sehr viele und sehr unterschiedliche Beratungsangebote, die teilweise eher verwirren als helfen. Das Beratungsangebot muss sich zuvorderst an den Interessen der Jugendlichen ausrichten, nicht an Institutionen bzw. Schulformen.

Hier will LINKE Kommunalpolitik die kommunale Steuerung stärken: Berufskollegs, Arbeitsagentur, BiZ und kommunale Bildungsberatung sollen verknüpft werden, so dass Jugendliche einen zentralen Anlaufpunkt erhalten.

Weiterbildung

DIE LINKE. ESSEN NRW setzt sich ein für eine öffentlich verantwortete und getragene Weiterbildung und einen Ausbau der Volkshochschulen, der örtlichen, wohnortnahen Zentren für Weiterbildung. Das Angebot muss alle Bildungsbereiche umfassen, auch wenn ein besonderes Augenmerk und besondere Förderung sich angesichts der gesellschaftlichen

Entwicklung richten muss auf die politische Bildung! Auch aufsuchende Ansprache- und Motivierungsformen gehören zum Aufgabenkatalog. Andere Einrichtungen und Träger sollten dieses öffentliche Angebot ergänzen, nicht ersetzen. Abwertung und Bedeutungsverlust der Weiterbildung, ihre selektierende Ausrichtung und die ausufernde prekäre Beschäftigung dort müssen dringend geändert werden.

Öffentliche Strukturen fördern und ausbauen

Gegen die fortschreitende Privatisierung und Kommerzialisierung wollen wir die öffentlich geförderten und verantworteten Weiterbildungsstrukturen ausbauen und stärken. Dies gilt besonders für die bundesweit über 900 Volkshochschulen, die den Kern der öffentlich geförderten Weiterbildung darstellen, bundesweit ortsnah vorhanden sind und die Grundversorgung an Weiterbildung vorhalten. Es muss verhindert werden, dass sie sich zunehmend dem Bildungsmarkt, seiner kommerziellen Ausrichtung, seinen selektiven Konkurrenzstrukturen und überwiegenden Projektfinanzierung unterwerfen müssen.

Viele Volkshochschulen sind außerdem Ansprechpartner für unterschiedlichste Zielgruppen, besonders auch für diejenigen, die zu ‚Verlierern' am Bildungsmarkt zählen.

Im Aufbau kommunaler und regionaler Bildungsnetzwerke können Volkshochschulen eine wichtige Schnittstelle darstellen und eine flächendeckende Versorgung für alle Erwachsenen sichern.

Eine Perspektive der VHS und ihrer Angebote liegt in der Bildungsberatung, der aufsuchenden Bildungsarbeit bis hin zur Sozialraumentwicklung sowie in Aufbau und Anleitung virtueller Lernnetzwerke.

Wir fordern

- das Angebot zur Grundbildung der Bevölkerung entgeltfrei zur Verfügung zu stellen. Zur Grundbildung gehört für uns dabei alles, was zum Lehr- und Stoffplan der Sek I der allgemeinbildenden Schulen zählt.
- Neben der Förderung von Menschen mit Grundbildungsbedarf und dem Nachholen von Schulabschlüssen zählen wir auch Folgendes zur grundlegenden, allgemeinwohlbezogenen Weiterbildung: Integrationskurse für Migrantinnen und Migranten, Zugänge zum Arbeitsmarkt, Übergänge zwischen Schule und Ausbildung, ein Zugang zur Hochschule für Berufstätige, Umgang mit neuen Medien; diese sind ohne oder nur mit geringem Teilnehmerentgelt anzubieten. Die individuell aufzubringenden Entgelte dürfen nicht zum Teilnahmehindernis werden.
- Besonders die politische Bildung muss wieder eine deutliche Aufwertung erfahren, statt immer mehr marginalisiert zu werden. Gerade in einer immer komplizierter und technischer werdenden Welt ist Aufklärung über gesellschaftspolitische Hintergründe und Zusammenhänge notwendig. Aufgrund dieser Bedeutung der politischen Bildung müssen die Angebote in der Regel entgeltfrei sein. Des Weiteren fordern wie eine Erweiterung des Bildungsurlaubs und weiteren Ausbau des Arbeitnehmerweiterbildungsgesetzes (AWbG-NRW).
- Zur Entfaltung einer eigenen, selbstbewussten Persönlichkeit und zur Teilhabe am gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Leben haben auch die anderen Bereiche der Volkshochschule, die kulturelle Bildung, Gesundheitsbildung, berufliche Bildung und die Fremdsprachen z. B. ihre Bedeutung für das öffentliche Leben und sind aus- statt abzubauen. Nach dem Prinzip der Einheit der Bildung gehören sie unbedingt dazu.
- Um Menschen für eine Teilnahme an Weiterbildung zu motivieren, sie über ihre Möglichkeiten zu informieren, sind wohnortnah subjektorientierte, gender- und

kultursensible Beratungsstellen in öffentlicher Trägerschaft einzurichten mit klientenzentrierten Konzepten, guten Rahmenbedingungen und professionellem, wissenschaftlich ausgebildetem Personal mit tariflicher Eingruppierung wie bei den Mitarbeiter/-innen der Volkshochschulen auch.

Prekäre Arbeit abschaffen

In keinem anderen Bereich des Bildungswesens wird völlig selbstverständlich hingenommen, dass Unterrichtstätigkeit – und einiges mehr – vorrangig von Honorarkräften durchgeführt wird. Unter ihnen prekär Beschäftigte, die gering vergütet, das Ausfall- und Krankheitsrisiko ebenso allein tragen wie die Kosten zu ihrer sozialen Sicherung. Ihr Einkommen erreicht nach Abzug aller Abgaben oft nur die Höhe von Geringverdienern; viele müssen „aufstocken"! Damit ist Altersarmut vorprogrammiert. Sie können nicht die Bedingungen ihrer Arbeit und ihres Einkommens kollektiv aushandeln; Mitbestimmungsfunktionen sind ihnen weitgehend versperrt.

Durch eine verlässliche und deutlich höhere Finanzierung der Erwachsenen- und Weiterbildung können mehr feste Stellen und tarifliche Bezahlung ermöglicht bzw. entsprechend hohe Honorare mit sozialer Absicherung (wieder) eingeführt werden.

Wir fordern

- dass die Kommunen und die zuständigen Personalvertretungen den Status der Scheinselbstständigen als arbeitnehmerähnlich Beschäftigte anerkennen.
- Bei längerfristigen Angeboten und Maßnahmen sind den Honorarkräften feste bzw. zeitlich befristete Stellen zu tariflichen Konditionen anzubieten.
- Den Selbstständigen, die das bleiben möchten, ist ein Honorar pro Unterrichtsstunde von mindestens 36 € zu zahlen; der Mindestlohn nach dem Branchentarifvertrag Weiterbildung kann hier keine Anwendung finden.
- Mehr Stellen zu schaffen für Festangestellte mit tariflicher Entlohnung nach dem TVöD. Das setzt voraus, dass Maßnahmen- und Kurskosten mit realistischen, tariflichen Personalkosten kalkuliert und ausgeschrieben werden und die Förderung entsprechend ausgerichtet wird. Die Mehrkosten sind nicht auf die Teilnehmenden abzuwälzen.
- Möglichkeiten einer effektiven und wirkungsvollen Interessenvertretung und Mitbestimmung sind (wieder) einzuführen für das Personal und die Teilnehmenden in der Weiterbildung. (vgl. den Policy Brief 03/2016 des WSI zum Thema „Solo-Selbständigkeit in Deutschland. Aktuelle Reformoptionen").

Studierende und Hochschulen vor Ort fördern!

Hochschulpolitik ist keine kommunale Aufgabe, aber die Studierenden und auch die Hochschule sind vor Ort. DIE LINKE. ESSEN vernachlässigt weder die Studierenden noch die Hochschulen.

- **Wohnen**: DIE LINKE. ESSEN nimmt Wohnmöglichkeiten für Studierende vor Ort in den Blick und unterstützt Studierendenwerke beim Bau kostengünstigen Wohnraums. Kommunaler Boden kann hierzu in Erbpacht vermietet werden, um der Wohnungsnot entgegenzuwirken.
- **Verkehrsanbindung**: Bei der kommunalen Verkehrsplanung muss nicht nur die Anbindung an den ÖPNV gewährleistet sein, sondern auch die Abstimmung der Taktzeiten auf die Hochschulbedürfnisse.
- **Studierenden-Card**: DIE LINKE. ESSEN will die Teilhabe an kulturellen und sportlichen Angeboten auch für Studierende ermöglichen und bestehende Angebote erweitern.

19. Solidarische Stadtplanung

Essen ist wie kaum eine andere Stadt in Deutschland geprägt von sozialer Spaltung. Hier die Quartiere mit Menschen, die überwiegend älter sind, deutsch, wohlhabend und in weithin gesicherten Lebensverhältnissen leben. Dort die Quartiere, in denen die Menschen leben, die vor allem die Lasten der neoliberalen Globalisierung tragen müssen. Häufig arm und mit ungesicherten Einkommen, weit überdurchschnittlich angewiesen auf staatliche Transfereinkommen (z.B. Hartz IV oder Grundsicherung). Deutlich häufiger als in den bürgerlichen Quartieren mit Migrationsgeschichte und in schwierigen räumlichen Verhältnissen lebend.

Das ist kein naturgegebener Zustand, sondern das Ergebnis jahrzehntelanger neoliberaler Politik auf allen Ebenen – auch auf kommunaler. DIE LINKE. Essen steht für eine solidarische Stadtpolitik, die Schluss macht mit der räumlichen Spaltung, die stets zum Nachteil der ohnehin benachteiligten Menschen geschieht.

Immer wieder ist von Gettos oder von Gettoisierung die Rede und der Blick fällt dann ganz selbstverständlich auf die typischen Quartiere im Norden der Stadt. Das ist aber analytisch falsch und politisch katastrophal. Die eigentlichen Gettos liegen nämlich im Süden der Stadt, wo die Globalisierungs- und Modernisierungsgewinner zunehmend unter sich bleiben. Die Quartiere im Norden sind dagegen bunt und vielfältig. Was sie allerdings tatsächlich als gemeinsames Merkmal auszeichnet ist der große Anteil von armen Menschen.
DIE LINKE. Essen hält fest am Versprechen des Grundgesetzes, gleichwertige Lebensverhältnisse für alle überall zu bewahren und, wo dies noch nicht der Fall ist, herzustellen.

In Essen dagegen wird entgegen den Lippenbekenntnissen der Verantwortlichen die soziale Spaltung verfestigt und vertieft. Z.B. unterteilt der Essener Mietspiegel alle Adressen in Essen in fünf Lageklassen. Der Essener Süden gehört durchgängig den beiden besten Klassen 4 und 5 an, deren gemeinsames Merkmal hohe und sehr hohe Mieten sind. Nur in der Lageklasse 1 kennt der Mietspiegel Mieten, die für Menschen leistbar sind, die Transfereinkommen beziehen und deren Kosten der Unterkunft von der Stadt übernommen werden.

Das heißt aber nichts anderes, als dass mit dem Mittel des an sich zu begrüßenden qualifizierten Mietspiegels erreicht wird, dass die Wohlhabenden unter sich bleiben und die am Rande der Gesellschaft stehenden Menschen nicht mehr die Möglichkeit haben, wirklich frei über ihren Wohnstandort zu entscheiden.

Vor Jahren bereits hat die Stadt Essen einen eigenen kommunalen Betriebskostenspiegel erstellt. Die Ergebnisse werden aber nicht veröffentlicht, sondern stehen unter Verschluss. Nach wie vor gilt also der Betriebskostenspiegel, der für NRW insgesamt existiert (basierend auf einer sehr dünnen Datengrundlage). Das aber heißt nichts anderes, als dass ein weiteres Mal auf Kosten der Bedürftigsten gespart wird.

Auch in Essen ist der Klimawandel längst zu spüren. Steigende Temperaturen und vor allem deutlich mehr heiße Tage und tropische Nächte mögen momentan noch irgendwie angenehm scheinen. Doch schon heute sterben in Essen und überall Menschen, vor allem ältere oder

kranke, aufgrund der hohen Temperaturen. Insbesondere in den verdichteten Innenbezirken liegen die Durchschnittstemperaturen schon bis zu acht Grad höher als draußen im Grünen. Gerade in diesen von der Hitze besonders betroffenen Quartieren leben auch besonders viele Menschen.

Es ist nicht erkennbar, dass Essen irgendeine Idee hat, wie mit der zunehmenden Erwärmung umgegangen werden soll. Abgesehen von der Verpflichtung, neuen Gebäuden mit einem Flachdach eine Dachbegrünung zu geben, ist keine Einsicht in die dringende Notwendigkeit zu spüren, jetzt zu handeln.

DIE LINKE. Essen tritt ein für eine klimasensible Stadtentwicklung. Die UNO spricht von der „resilienten Stadt“ und meint damit eine Stadtpolitik, mit der eine im weitesten Sinne nachhaltige Entwicklung möglich wird. Dies unterstützen wir.

Eine klimasensible, eine resiliente (oder auch „widerstandsfähige“) Stadtentwicklung braucht aber ein Konzept. Das fordern wir. Zu diesem Konzept gehört der dringende Schutz der innerstädtischen Grünanlagen, die außerordentlich wichtig für das Stadtklima sind. Großbäume absorbieren nicht nur große Mengen an Feinstaub, sondern senken auch die Temperaturen, speichern Feuchtigkeit und tragen insgesamt zu einem verbesserten Stadtklima bei. Deshalb sind Baumfällungen auf ein absolut notwendiges Mindestmaß zu beschränken. Wo ein Baum nicht gerettet werden kann, muss er nicht irgendwo, sondern an „klimabegründetem“ Ort ersetzt werden.

Tatsächlich hat Essen aber in den letzten Jahren (ohne die Auswirkungen von Ela!) über 10.000 Straßenbäume verloren. Zum Teil sind sie gefällt worden, um Stellplatzflächen für PKW zu schaffen. Das ist aber eine gleich doppelt klimafeindliche Politik. Erstens werden so das Mikroklima und die Luftqualität verschlechtert, zweitens wird ein weiterer Impuls gesetzt zugunsten des PKW. Beides ist falsch und wird von uns abgelehnt.

DIE LINKE. Essen fordert eine integrierte Stadtentwicklungspolitik, in der die einzelnen Politikfelder zusammengeführt werden, also Mobilität, Freiräume, Wohnraum, Grünanlagen usw.. Nur so ist eine nachhaltige Stadtentwicklung möglich.

Essen ist das geografische Zentrum des Ruhrgebiets. Es könnte auch sein städtebauliches Zentrum sein. Das setzt aber voraus, dass es eine Idee von der Zukunft der Stadt gibt. Wie soll unsere Stadt in zehn, zwanzig oder fünfzig Jahren aussehen? Die Weichen dafür sind bereits heute zu stellen, denn Stadtentwicklung geschieht in sehr langen Zyklen. Was wir heute tun, wird zur Lebensrealität unserer Kinder und Enkel. Was wir heute lassen, genauso.
Deshalb treten wir ein für eine mutige, für eine visionäre Stadtentwicklungspolitik. Essen soll wieder schön werden. Nicht für die Investoren, die Spekulanten und die Absahner, sondern für die Menschen, die hier wohnen. Wir wollen wieder stolz sein auf unsere Stadt! Weil wir gemeinsam die Weichen für eine lebenswerte Stadt für alle stellen.

Damit das gelingt, wollen wir keine Stadtpolitik von oben, also eine, die von den vermeintlichen Experten gemacht wird. Das hat in der Vergangenheit so wenig funktioniert wie heute. Gerade diese Stadtpolitik, in der die Interessen der sog. Investoren wichtiger sind,

als die Interessen der Menschen, die hier leben, hat uns in die Situation gebracht, in der wir heute leben müssen. Es reicht auch nicht, wenn die „Experten“ ihre Entscheidungen „beteiligungsorientiert“ treffen. Wir wissen aus unserer aller Erfahrung, dass sich so immer nur die selben Interessen durchsetzen. Was wir brauchen, ist eine von Grund auf andere Form der Politik.

Eine Stadt ist lebenswert, wenn die Menschen gerne hier wohnen, wenn sie ein freies und gesundes Leben in Solidarität mit ihren Nachbarn und allen anderen Menschen in der Stadt führen können. Deshalb ist bei jeder Entscheidung, mit der sich räumliche Realitäten ändern könnten, mit den unmittelbar und mittelbar Betroffenen ins ergebnisoffene Gespräch zu treten. Wie in anderen Ländern durchaus üblich bekommen die Menschen in ihren Quartieren das Recht, sich in alle Prozesse aktiv einzubringen.

Das heißt nicht, dass Entwicklung nicht mehr möglich ist. Ganz im Gegenteil, es ist die Aufgabe der Stadt, Ziele und Visionen zu entwickeln und zur Diskussion zu stellen. Und dieses Vorgehen anerkennt die Weisheit, die Kreativität und den Mut der Vielen statt des vermeintlichen besseren Wissens der Wenigen.

Die gebaute Umwelt, also die Häuser, die Parks und die Plätze, sind herausragend wichtig für unsere Identifikation mit unserer Stadt. Baukultur, also das ernsthafte Bemühen, dauerhafte und schöne Räume zu schaffen, ist essentiell für das Wohlbefinden der Menschen in der Stadt. Natürlich kann nicht jedes Gebäude erhalten werden, aber es ist gerade in einer kriegs-, politik- und autozerstörten Stadt wie Essen wichtig, dass die wenigen Gebäuden, die als Zeugen ihrer Epoche dienen, sehr sensibel behandelt werden. Die Aussagen, dass „man auch mal Abschied nehmen muss“ oder dass „alte Zöpfe abzuschneiden“ sind – beide stammen vom alten Planungsdezernenten der Stadt –, sind deshalb falsch. Gebäude stiften Identität und sind deshalb grundsätzlich erhaltenswert. Ihr Abriss ist immer begründungspflichtig. An der Entscheidung haben die Menschen in der Stadt mitzuwirken.
DIE LINKE. Essen will darüber hinaus einen Dialog von Stadtplanung, Bürgerschaft und Marktakteuren (ohne die es absehbar nicht funktionieren wird) auf Augenhöhe. In den vergangenen Jahren ist den städtisch bestellten Planern und Planerinnen die Fähigkeit und Bereitschaft verloren gegangen, mit eigenen Vorstellungen in die Aushandlungsprozesse mit den Investoren zu treten. Was der Investor wollte, wurde sofort und reflexhaft begrüßt und zur einzig möglichen Option gemacht. Menschen, die anderer Auffassung waren, wurden beleidigt und diskrediert. Nur die sog. Experten waren in dieser Logik überhaupt in der Lage, sinnvolle Entscheidungen zu treffen. Das Ergebnis kann vor Ort besichtigt werden. Bauliche Ödnis überall. In den vergangenen Jahren wurden Plätze und Räume zerstört für banale Architektur.
In vielen anderen Städten in Deutschland und anderswo gibt es Gestaltungsbeiräte, Stadtentwicklungs- und sogar Hochhauskonzepte, Erhaltungs- und Gestaltungssatzungen. Das macht sich mit der Zeit bemerkbar in einer qualitativ hochwertigen Stadtkulisse mit schönen Gebäuden und schönen Plätzen, mit einer Stadt, in der sich die Menschen zuhause fühlen, in die sie ihre Freundinnen und Freunde, ihre Verwandten von außerhalb gerne einladen.

In Essen gibt es all das nicht. Hier herrscht immer noch der Glaube vor, dass man es den Investoren so leicht wie möglich machen muss, damit sie ihr Geld hier in Essen investieren. Also werden wir mit schlechter und banaler Architektur zugemauert.

Überall wird wertvoller Boden vernutzt, als ob er endlos zur Verfügung stünde. Selbst mitten in der Stadt stehen eingeschossige Zweckbauten, die nicht nur hässlich sind, sondern auch so verschwenderisch mit der verfügbaren Fläche umgehen, dass es kaum auszuhalten ist. Auch dies ist ein Ergebnis einer Stadtplanung, die sich nicht traut, eigene Akzente zu setzen und Forderungen zu formulieren. Ausbaden müssen es erneut die Menschen, weil jedes Mal wertvolle Fläche verloren geht.

Da werden Grünflächen über Jahre so vernachlässigt, dass sie in einem erbärmlichen Zustand sind. Dann kommt ein Investor und verspricht alles schöner zu machen, indem er seine Häuser oder Häuschen draufstellt. Selbstverständlich ist die Politik sofort begeistert und freut sich wie Bolle, dass da jemand ist, der ihr das Denken abnimmt. Wenn sich dann die Menschen, die dort wohnen, darüber beschweren, dass hier wieder einmal Gewinn auf ihre Kosten gemacht werden soll, dann führt das erneut zum immerselben Ergebnis: Ihr versteht davon nichts, wir machen das Richtige und jeder, der uns widerspricht, ist ein Quaker.

Damit muss Schluss sein. DIE LINKE. Essen tritt ein für ein grundsätzlich anderes Politikverständnis. Wir wollen nicht Stadtentwicklung gegen die Menschen, sondern für die Menschen machen. Wir wollen nicht Stadtentwicklung mit den Investoren, sondern mit den Menschen, die hier wohnen.

Was tun?

- Für eine solidarische Stadtentwicklung.
- Nicht die Experten und Investoren, die Menschen in der Stadt entscheiden über die Zukunft der Stadt. Dafür sind Formate zu entwickeln wie es sie in anderen Städten bereits gibt.
- Stärkung der Beteiligungsrechte auf Quartiersebene.
- Für einen Dialog von Planung, Bürgerinnen / Bürgern und Markt auf Augenhöhe.
- Wir wollen ein Stadtentwicklungs- und ein Hochhauskonzept.
- Erhaltungs- und Gestaltungssatzungen in jedem Quartier.
- Einrichtung eines unabhängigen Gestaltungsbeirats ohne eigene Interessen.
- Erhalt und Ertüchtigung der großen und kleinen Grünflächen • Erstellung eines Konzepts „resiliente“ bzw. „klimasensible“ Stadt.
- Umstellung auf eine integrierte Stadtentwicklungspolitik.
- Beachtung von Nebeneffekten (Verkehr, Klima etc.) bei allen Baumaßnahmen als Regelaufgabe.
- Respekt vor baukulturell bedeutsamen Bauwerken; Erhalt und Stärkung der historischen Substanz.